

GESCHÄFTSSTELLE

Drs. 7486-19
Berlin 25 01 2019

Stellungnahme zum Antrag auf
eine strategische Erweiterung des

**Deutschen Instituts für
Wirtschaftsforschung
(DIW Berlin), Berlin,**

großer strategischer
Sondertatbestand im Rahmen der
Ausführungsvereinbarung WGL

INHALT

Vorbemerkung	5
A. Kenngrößen	7
B. Aufgaben	9
C. Zur Bedeutung der beantragten strategischen Erweiterung	10
D. Zur wissenschaftlichen Qualität des Erweiterungsvorhabens	12
E. Stellungnahme zum Antrag auf eine strategische Erweiterung	19
Anlage: Bewertungsbericht zur strategischen Erweiterung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Berlin	21

Vorbemerkung

Der Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) hat den Wissenschaftsrat im September 2017 gebeten, die Anträge

- _ auf Aufnahme des *LOEWE Center Sustainable Architecture for Finance in Europe* (SAFE), Frankfurt/M., in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder nach Ausführungsvereinbarung WGL, |¹ sowie
- _ auf strategische Erweiterung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Berlin, und
- _ auf strategische Erweiterung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) |²

in einem gemeinsamen Verfahren zu prüfen. Dabei sollen sowohl die Einzelanträge als auch das die drei Anträge verbindende Konzept für ein Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ bewertet werden.

Der Wissenschaftsrat ist hierbei aufgefordert, zur wissenschaftlichen Qualität der Einrichtung bzw. der beiden Sondertatbestände, zur überregionalen Bedeutung und zur strukturellen Relevanz für das Wissenschaftssystem Stellung zu nehmen. Hierbei soll die Position der Leibniz-Gemeinschaft einbezogen werden. Über die Einzelbewertung der Einrichtung bzw. der beiden Sondertatbestände hinaus wird der Wissenschaftsrat vom Ausschuss der GWK ersucht, die Förderwürdigkeit der Anträge sowohl hinsichtlich dieser drei Kriterien als auch insgesamt anhand der Prädikate exzellent, sehr gut, gut und nicht hinreichend zu beurteilen. |³

|¹ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. – Ausführungsvereinbarung WGL (AV-WGL) vom 27.10.2008, zuletzt geändert am 20.4.2012.

|² Beides sind große inhaltlich-strategische Sondertatbestände nach Ausführungsvereinbarung WGL (siehe Fußnote 1).

|³ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: „Beschlüsse zur Umsetzung der AV-WGL“ (WGL-Beschlüsse) – Beschluss des Ausschusses der GWK vom 28. April 2009, zuletzt geändert am 1. März 2018, Art. 2.5.4.3., S. 10.

6 Der Wissenschaftsrat hat den Evaluationsausschuss im Januar 2018 gebeten, die Evaluation der Anträge von SAFE, DIW Berlin und IWH und des Netzwerk-antrags durchzuführen; dieser hat eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. In dieser Arbeitsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Der Wissenschaftsrat ist ihnen zu besonderem Dank verpflichtet.

Die Arbeitsgruppe hat das SAFE am 14./15. Mai 2018 sowie das IWH und das DIW Berlin vom 23. bis 25. Mai 2018 besucht und auf der Grundlage dieser Besuche zu jeder dieser Einrichtungen einen Bewertungsbericht verfasst, der auch auf das Konzept des Netzwerks Bezug nimmt. Nach Verabschiedung durch die Arbeitsgruppe sind die Bewertungsberichte im weiteren Verfahren nicht mehr veränderbar.

Der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage der Bewertungsberichte am 7. November 2018 zu jedem der drei Anträge eine wissenschaftspolitische Stellungnahme erarbeitet, die eine Bewertung des Netzwerkkonzepts einschließt. Er hat hierbei auch die am 11. Juli 2018 vom Senat der Leibniz-Gemeinschaft verabschiedeten Stellungnahmen zu den Anträgen des SAFE, des DIW Berlin und des IWH sowie die Ergebnisse eines Gesprächs mit Vertreterinnen und Vertretern der Leibniz-Gemeinschaft berücksichtigt.

Der Wissenschaftsrat hat die vorliegende Stellungnahme zur strategischen Erweiterung des DIW Berlin sowie zu den Anträgen auf Aufnahme des SAFE in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder und zur strategischen Erweiterung des IWH auf seinen Sitzungen vom 23. bis 25. Januar 2019 in Berlin beraten und verabschiedet.

A. Kenngrößen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin wurde 1925 als „Institut für Konjunkturforschung“ (IfK) gegründet. Das DIW Berlin hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und wurde 1977 in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern aufgenommen (vormals „Blaue Liste“, heute Leibniz-Gemeinschaft). Seit 1983 beherbergt das DIW Berlin die Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel“ (SOEP), die im Jahr 2000 als eigenständige Abteilung in das Institut integriert wurde.

Die Grundfinanzierung des DIW Berlin erfolgt durch gemeinsame Zuwendungen von Bund und Ländern nach Artikel 91b GG. Dabei stammen die Zuwendungen für das SOEP zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Ländern, die Zuwendungen für alle anderen Forschungsbereiche des DIW Berlin jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern.

Im Haushaltsjahr 2017 verfügte das DIW Berlin über institutionelle Zuwendungen von Bund und Ländern in Höhe von 20,38 Mio. Euro. Das Gesamtbudget – einschließlich Drittmiteinnahmen – belief sich 2017 auf 30,98 Mio. Euro; die Personalausgaben betragen insgesamt 15,52 Mio. Euro.

Die Drittmiteinnahmen des DIW Berlin beliefen sich im Zeitraum von 2015 bis 2017 auf insgesamt rund 13,3 Mio. Euro. Davon stammten 43,6 % vom Bund, 18,9 % von Stiftungen, 12,6 % von der EU und 8,1 % von der DFG. Die übrigen Drittmiteinnahmen (16,7 %) stammten von verschiedenen Drittmittelgebern. |⁴

Zum Stichtag 31.12.2017 verfügte das DIW Berlin (ohne SOEP) über 105,9 grundfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (in VZÄ), davon 40,5 VZÄ für wissenschaftliches Personal, unter denen 22,8 VZÄ befristet besetzt waren. Insgesamt waren zum Stichtag am Institut 213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, darunter 107 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, von denen 51 aus Drittmitteln finanziert wurden.

| ⁴ Land/Länder, Wirtschaft, Parteien, Leibniz-Gemeinschaft, Industrie- und Handelskammer (IHK), Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Universitäten, Forschungsinstitute.

8 Der Antrag auf einen großen strategischen Sondertatbestand sieht vor, das DIW Berlin um eine neue Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ sowie um drei abteilungs- und clusterübergreifende Themenschwerpunkte – *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung – zu erweitern.

Der jährliche Gesamtmittelbedarf für die strategische Erweiterung wird vom DIW Berlin mit 2,05 Mio. Euro im Endausbau angegeben, wovon 0,35 Mio. Euro als Eigenanteil erbracht werden sollen. Von den veranschlagten zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,70 Mio. Euro entfallen 1,07 Mio. Euro auf Personalkosten (0,63 Mio. Euro auf den Aufbau der Abteilung *Macro Finance* und 0,44 Mio. Euro auf die drei Themenschwerpunkte) und 0,63 Mio. Euro auf Nachwuchsförderung, Sachkosten wie z. B. Vernetzungsaktivitäten und Datenlizenzen sowie Investitionen in Forschungsinfrastruktur.

Insgesamt sind für die strategische Erweiterung 16,0 VZÄ geplant, davon 11,0 zusätzliche VZÄ und 5,0 über den Eigenanteil eingebrachte VZÄ. Im Endausbau soll die Erweiterung eine Abteilungsleitung und acht wissenschaftliche Stellen für die neue Abteilung *Macro Finance*, insgesamt drei S-Professuren und drei wissenschaftliche Stellen für die Themenschwerpunkte *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung sowie 1,0 VZÄ für Teamassistenz und Projektkoordination umfassen.

Das DIW Berlin gibt an, dass sich die für das Erweiterungsvorhaben notwendige räumliche und sächliche Ausstattung vorrangig auf die Einrichtung von Arbeitsplätzen für die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschränke. Für eine derzeit noch auf einem Teilbereich eingemietete Tochtergesellschaft könnten zukünftig bei Bedarf eigene Büroflächen an einem anderen Standort gefunden werden, sodass die gewonnene Fläche für den Personalaufwuchs im Rahmen des Erweiterungsvorhabens zur Verfügung stünde.

B. Aufgaben

Laut Satzung (§ 2 Abs. 1) dient das DIW Berlin ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken und hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten und zu erforschen. |⁵ Das DIW Berlin „leistet wissenschaftliche Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion und Beratung in wirtschaftlichen Fragestellungen, zur Weiterbildung sowie zur Wissensvermittlung in der interessierten Öffentlichkeit. Das DIW nimmt seine Aufgaben in wissenschaftlicher Unabhängigkeit wahr. Die Ergebnisse seiner Arbeiten werden zeitnah veröffentlicht und der Allgemeinheit zugänglich gemacht“ (§ 2 Abs. 1).

|⁵ Satzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung). Fassung vom 29. September 2015.

C. Zur Bedeutung der beantragten strategischen Erweiterung

Zur Bedeutung des Forschungsfeldes

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 und ihre wissenschaftliche Aufarbeitung der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass makroökonomische, realwirtschaftliche Zusammenhänge ohne eine Betrachtung und Analyse der Verbindungen zum Finanzsektor und seinen Akteuren nur unzureichend verstanden werden können. Umso wichtiger ist für eine kompetente Beratung die wissenschaftlich umfassende Analyse der Beziehungen und Wechselwirkungen von Finanzsystem, Regulierung, Geldpolitik und Realwirtschaft. Die Bedeutung von Finanzmärkten und -institutionen für die Gesamtwirtschaft kann außerdem besser erfasst werden, wenn auch das zugrundeliegende Handeln des einzelnen Menschen und einzelner Firmen besser verstanden wird. In den Wirtschaftswissenschaften sind die Verknüpfung makro- und mikroökonomischer Perspektiven sowie die Mikrofundierungen der Finanzforschung verstärkt in den Fokus der Finanzforschung gerückt. Mit dem Thema der geplanten Abteilung *Macro Finance* wie auch den Themen *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung könnte das DIW Berlin grundsätzlich einen Beitrag zu diesen Forschungsgebieten der Finanzforschung leisten, die sowohl von wissenschaftlichem Interesse für die Finanzforschung als auch gesellschaftlich und politisch relevant sind.

Zur Bedeutung der Einrichtung

Bei der Erforschung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Zusammenhänge genießt das DIW Berlin insbesondere im Bereich der mikroökonomischen Forschung auf Grundlage empirischer Forschungsdaten eine hohe Reputation. Das Institutsprofil umfasst außerdem makroökonomische Ansätze. Nach der letzten Gesamt-Evaluierung des Instituts durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2012 hat das DIW Berlin seine makroökonomische Forschung erfolgreich ausgebaut. Eine Kernkompetenz liegt in der makroökonomischen Modellierung. Auf Basis seiner Forschungsleistungen führt das DIW Berlin evidenzbasierte

wirtschaftspolitische Beratung von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit durch und genießt hier ebenfalls eine hohe Reputation bei den Adressaten seiner Beratungstätigkeiten. Am Politikstandort Berlin ist das Institut sehr gut vernetzt. Das am DIW Berlin angesiedelte Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine der renommiertesten wissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen der Sozial- und Wirtschaftsforschung. An die universitäre Forschung und Lehre ist das DIW Berlin unter anderem durch zahlreiche gemeinsame Berufungen gut angebunden. Auch die Kooperationen im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus *Berlin Centre for Consumer Policies* (BCCP) oder des Sonderforschungsbereichs „Rationalität und Wettbewerb“ sind Ausweis dieses regen Austauschs mit der universitären Forschung. In der Nachwuchsförderung arbeitet das DIW Berlin sowohl auf Promotions- wie auf Postdoc-Ebene ebenfalls eng mit anderen Berliner Institutionen zusammen.

Zur Bedeutung der strategischen Erweiterung

Das DIW Berlin legt seinen Schwerpunkt in der Finanzforschung auf die Untersuchung von wirtschaftlichen und finanzmarktrelevanten Zusammenhängen aus der Perspektive des einzelnen Menschen. Durch das Erweiterungsvorhaben soll diese Forschung gestärkt und thematisch ausgebaut werden. Darüber hinaus sollen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens die Stärkung des makroökonomischen Bereichs am DIW Berlin fortgeführt und mikroökonomische und makroökonomische Aspekte der Finanzforschung verbunden werden. Die Erweiterung des Instituts um eine neue Abteilung *Macro Finance*, die die Interaktion von Finanzmärkten und Realwirtschaft sowie Fragen der Finanzstabilität untersuchen soll, hat das Potenzial, die makroökonomische Forschung am DIW Berlin um eine wichtige Perspektive zu bereichern. Darüber hinaus hat das DIW Berlin, aufbauend auf seiner Kompetenz in der mikroökonomischen Forschung, grundsätzlich gute Voraussetzungen, einen Beitrag zur Bearbeitung und Stärkung der Mikrofundierungen der Finanzforschung zu leisten. Auch die interdisziplinäre Arbeitsweise des DIW Berlin, die soziologische, politikwissenschaftliche und psychologische Ansätze integriert, sowie die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem SOEP bieten prinzipiell eine gute Grundlage für eine vertiefte Erforschung finanzmarktrelevanter Zusammenhänge aus der Perspektive des Individuums sowie die Analyse von konsumenten- und unternehmensbezogenen Finanzmarktaspekten.

D. Zur wissenschaftlichen Qualität des Erweiterungsvorhabens

Zur Umsetzung der Erweiterung im Forschungsprogramm

Zur Stärkung der Finanzforschung am DIW Berlin sieht das Institut vor, eine neue Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ sowie drei abteilungs- und clusterübergreifende Themenschwerpunkte – *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung – einzurichten.

Die geplante Abteilung *Macro Finance* ist hinsichtlich des zusätzlichen Personalbedarfs das größte Teilvorhaben innerhalb der beantragten strategischen Erweiterung. Am DIW Berlin entstehen bereits gute, in Teilen auch sehr gute Publikationen auf dem Feld *Macrofinance*. Die Einzelthemen und Ziele der geplanten Abteilung erfordern jedoch eine inhaltliche Schärfung und Präzisierung, die spätestens im Zuge der Aufbauphase erfolgen müsste. Die erkennbare thematische Grundausrichtung der beantragten Abteilung *Macro Finance* ist an den aktuellen Stärken des DIW Berlin orientiert. Dem DIW Berlin ist es in der Vergangenheit immer wieder gelungen, vielversprechenden wissenschaftlichen Nachwuchs zu gewinnen, und auch aktuell zeigen gerade die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die auf dem Feld *Macrofinance* forschen, großes wissenschaftliches Potenzial. Innerhalb des Instituts ergeben sich insbesondere mit der Abteilung Staat (und dem geplanten Themenschwerpunkt *Household Finance*) sowie mit den Abteilungen Makroökonomie und Konjunkturpolitik Synergiepotenziale. Unter der Voraussetzung einer inhaltlichen Nachsteuerung besitzt die Einrichtung der neuen Abteilung *Macro Finance* das Potenzial einer zweckmäßigen inhaltlichen Portfolioergänzung des DIW Berlin.

Die geplanten Projekte des Erweiterungsvorhabens im Themenschwerpunkt *Household Finance* zu den Interaktionen von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken sind relevant und haben wissenschaftliches Potenzial. Die Vorarbeiten im Themenbereich *Household Finance* sind von hoher Qualität; Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am DIW Berlin erbringen auf diesem Gebiet insgesamt sehr gute Publikationsleistungen. Das DIW Berlin verfügt im Bereich

Household Finance aktuell über gute Kooperationen und die geplanten Kooperationen mit SAFE und IWH sind vielversprechend. Im Falle einer Erweiterung sollte mittels des Themenschwerpunkts *Household Finance* die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Staat und der Abteilung Weltwirtschaft weiter intensiviert werden. Die wissenschaftlichen Voraussetzungen für den Aufbau eines Themenschwerpunkts *Household Finance* am DIW Berlin bewertet der Wissenschaftsrat als vielversprechend.

Neben dem Themenschwerpunkt *Household Finance* plant das DIW Berlin zwei weitere Themenschwerpunkte: *Green Finance* und Digitalisierung. Zwar verfügt das Institut in der Abteilung Klimapolitik und im Cluster Industrieökonomie über Ansätze und Grundlagen für eine Bearbeitung der Themengebiete; auch die wissenschaftliche Umgebung in Berlin ist grundsätzlich aussichtsreich, gerade im Bereich Digitalisierung. Allerdings weisen die Vorarbeiten zu beiden Themenschwerpunkten bislang nur schwache Bezüge zu Finanzmarkt- und Digitalisierungsthemen auf; dies gilt zum Teil auch für die geplanten Projekte. Sowohl methodisch als auch inhaltlich sind beide Themenschwerpunkte derzeit noch nicht hinreichend scharf umrissen und ermangeln eines klaren und überzeugenden Gesamtkonzepts, das über die geplanten Einzelprojekte hinausweist. Es bestehen daher Zweifel, ob es dem DIW Berlin gelingen würde, exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für diese Themen zu gewinnen. Insgesamt sind die beiden geplanten Themenschwerpunkte *Green Finance* und Digitalisierung zum aktuellen Zeitpunkt nicht überzeugend.

Die Teilvorhaben der beantragten strategischen Erweiterung unterscheiden sich bezüglich des Reifegrads der jeweiligen Forschungskonzepte und der wissenschaftlichen Grundlagen in ihrer Qualität. Die geplante Abteilung *Macro Finance* und der geplante Themenschwerpunkt *Household Finance* haben das Potenzial, sich gut in das Forschungsprogramm des DIW Berlin zu integrieren und dieses um wichtige Aspekte zu ergänzen. Beide Elemente verfügen über gute wissenschaftliche Voraussetzungen, einschlägige Vorarbeiten und vielversprechende interne wie externe Vernetzungspotenziale. Die Themen *Green Finance* und Digitalisierung sollten aufgrund ihrer wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Relevanz sowie am DIW Berlin grundsätzlich gegebener thematischer Anknüpfungspunkte in den bestehenden Abteilungen zwar weiter verfolgt werden. Beide Themenschwerpunkte zeigen in ihrer Konzeption aber inhaltliche und methodische Defizite und werden daher in der derzeitigen Form nicht zum Aufbau im Rahmen einer strategischen Erweiterung empfohlen.

Bei allen im Rahmen der strategischen Erweiterung zum Ausbau vorgesehenen Themen sollte das DIW Berlin sich darum bemühen, die guten Grundvoraussetzungen des Instituts besser zu nutzen und interdisziplinäre, über die Wirtschaftswissenschaften hinausweisende Ansätze – gerade auch hinsichtlich politikwissenschaftlicher Perspektiven – deutlicher in den Planungen für eine

strategische Erweiterung zu verankern, sei es institutsintern oder über geeignete Kooperationen.

Zur Nachwuchsförderung

Der wissenschaftliche Nachwuchs wird am DIW Berlin über das in enger Kooperation mit den benachbarten Universitäten durchgeführte Doktorandenprogramm sowie im Rahmen des über sieben Einrichtungen vernetzten Postdoc-Programms *Berlin Economics Research Associates* (BERA) gut gefördert. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass das DIW Berlin mittelfristig ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern anstrebt und im Sinne des Kaskadenmodells großen Wert auf die Förderung und Berücksichtigung von Bewerbungen hervorragender Nachwuchswissenschaftlerinnen legt.

Da Finanzthemen im Promotionsprogramm des DIW *Graduate Center* derzeit unterrepräsentiert sind, die Nachfrage nach diesen Themen seitens der Doktorandinnen und Doktoranden aber steigt, begrüßt der Wissenschaftsrat die Planungen zur Ausweitung des Kursprogramms und der auf Finanzforschung bezogenen Angebote des Postdoc-Programms, zumal davon aufgrund der vernetzten Struktur der Programme auch die Kooperationspartner des DIW Berlin profitieren könnten.

Zu den Kooperationen

Das DIW Berlin zeichnet sich durch eine sehr gute Vernetzung in Forschung und Nachwuchsförderung mit den benachbarten Hochschulen in Berlin und Brandenburg aus. Der Wissenschaftsrat begrüßt diese engen und vorbildlich gelebten Kooperationen, in deren Pflege das DIW Berlin eine aktive und gestaltende Rolle einnimmt. In der Finanzforschung unterhält das DIW Berlin bereits einige einschlägige Kooperationsbeziehungen und verfügt damit über eine gute Grundlage für den Ausbau der Forschungsk Kooperationen auf diesem Gebiet. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem DIW Berlin, die Zusammenarbeit mit bereits über andere Forschungsgebiete etablierten Kooperationspartnern im Bereich der Finanzforschung zu intensivieren und außerdem um juristische Perspektiven auf die normativen Grundlagen von Finanzmärkten, deren Auswirkungen auf Firmen und Individuen sowie deren Regulierung zu erweitern.

Der Wissenschaftsrat bewertet es als positiv, dass das DIW Berlin über zahlreiche S-Professuren erfolgreich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam mit Hochschulen berufen hat und auch im Rahmen des strategischen Erweiterungsvorhabens weitere gemeinsame Berufungen anstrebt.

Zu Service und Transfer

Das DIW Berlin nimmt die evidenzbasierte wirtschaftspolitische Beratung von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit als Aufgabe sehr ernst und genießt eine

hohe Reputation bei den Nutzern. Angesichts eines hohen Beratungsbedarfs würde ein Ausbau der Finanzmarktexpertise das DIW Berlin in die Lage versetzen, künftig ein umfassenderes Bild insbesondere der Zusammenhänge von Finanzmärkten mit der Realwirtschaft und den Lebenslagen von Haushalten in die Beratungstätigkeiten einfließen zu lassen.

Der Wissenschaftsrat würdigt die im Bereich Forschungsinfrastruktur bereits eingeleitete Zusammenarbeit mit den Forschungsinfrastrukturabteilungen bzw. Datenzentren der beiden potenziellen Netzwerkpartner SAFE und IWH. Den Aufbau einer vernetzten, arbeitsteiligen Infrastruktur zwischen den drei antragstellenden Instituten erachtet der Wissenschaftsrat als uneingeschränkt positiv.

Die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem SOEP ist eine herausragende Stärke des DIW Berlin. Bei sozioökonomischen Fragestellungen und insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem geplanten Themenschwerpunkt *Household Finance* kann das SOEP aufgrund seiner hervorragenden Mikrodatenbasis einen entscheidenden Mehrwert für die Ambitionen des DIW Berlin in der Finanzforschung und darüber hinaus für die Fachgemeinschaften erbringen. Seine durch die räumliche Nähe gegebenen Standortvorteile in der Zusammenarbeit mit dem SOEP sollte das DIW Berlin in das geplante gemeinsame Netzwerk mit IWH und SAFE einbringen.

Zur Qualitätssicherung

Der wissenschaftliche Beirat des DIW Berlin ist in die Überlegungen und Pläne zum Ausbau der Finanzforschung am Institut einbezogen worden und befürwortet die strategische Erweiterung.

Im Jahr 2019 findet die turnusmäßige institutionelle Gesamt-Evaluierung des DIW Berlin durch die Leibniz-Gemeinschaft statt. Da eine mögliche strategische Erweiterung erst nach dieser Evaluierung umgesetzt würde, sollte der Beirat das DIW Berlin bei der weiteren inhaltlichen Schärfung der Forschungsthemen begleiten, im Falle einer Erweiterung deren Umsetzungsfortschritt evaluieren und das Institut beraten, in welcher Weise die aktuell nicht ausreichend entwickelten Themengebiete *Green Finance* und Digitalisierung weiterbehandelt werden sollten.

Zu Organisation und Ausstattung

Die Organisationsstruktur des DIW Berlin mit vier thematischen Clustern, die jeweils aus mehreren Forschungsabteilungen bestehen, ist überzeugend. Die *Governance*- und Organisationsstrukturen würden durch die Einrichtung einer neuen Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ und den Aufbau der Themenschwerpunkte in bestehenden Abteilungen nicht entscheidend berührt und sind angemessen.

Die vom DIW Berlin im Rahmen der strategischen Erweiterung geplante personelle Ausstattung für die neue Abteilung *Macro Finance* mit einer Abteilungsleitung und acht wissenschaftlichen Stellen ist zunächst ausreichend, um das Thema *Macrofinance* am Institut einzuführen. Zugleich sollte das DIW Berlin aber eine enge Einbindung der Abteilung in das geplante Netzwerk und den wissenschaftlichen Austausch mit den Netzwerkpartnern sicherstellen. Hinsichtlich der drei Themenschwerpunkte *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung bestehen Zweifel, ob die personelle Ausstattung mit je einer S-Professur und insgesamt drei wissenschaftlichen Stellen – ungeachtet der qualitativen Vorbehalte gegenüber zwei der drei geplanten Themenschwerpunkte – ausreichen könnte, um diese Themen konsequent und auf hohem wissenschaftlichem Niveau am DIW Berlin zu verfolgen.

Die für die strategische Erweiterung kalkulierten Sachkosten und die geplante räumliche Ausstattung betrachtet der Wissenschaftsrat als angemessen.

Zum Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ |⁶

Das von den drei Antragstellern SAFE, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) geplante Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ soll auf der Basis verbindlicher Vereinbarungen in Deutschland eine kritische Größe für die Finanzforschung herstellen. Die beteiligten Partner wollen gemeinsam Forschung, Infrastruktur, Nachwuchsförderung und Transferaktivitäten im Finanzbereich fördern. Ziel ist es, durch gemeinsame Anstrengungen Antworten auf die Herausforderungen einer globalen, auf Stabilität ausgerichteten Finanz-, Geld- und Währungsordnung zu finden.

Der Wissenschaftsrat sieht in diesem Vorhaben einen Beitrag, die bislang oftmals voneinander isolierten Aktivitäten einzelner Forschungsinstitute und Hochschulen im Themenfeld Finanzforschung zu bündeln und nach innen und außen sichtbarer zu machen. Eine Bündelung der Anstrengungen in Forschung, Forschungsinfrastruktur und Nachwuchsausbildung ist dringend erforderlich, damit die Finanzforschung in Deutschland zu den führenden – deutlich größeren und personalstärkeren – Universitätsbereichen und Forschungsclustern in den USA und Europa aufschließen kann. Der Zugang zu dem Netzwerk sollte prinzipiell offen gestaltet werden, da der Anschluss an die Forschung, Forschungsdateninfrastrukturen und Betreuungsnetzwerke der

⁶ Dieses Unterkapitel ist identisch mit gleichlautenden Unterkapiteln in den Stellungnahmen des Wissenschaftsrates zum Antrag auf Aufnahme des LOEWE *Centers Sustainable Architecture for Finance in Europe* (SAFE), Frankfurt/Main, in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder nach Ausführungsvereinbarung WGL (Drs. 7484-19) und zum Antrag auf eine strategische Erweiterung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle/S. (Drs. 7485-19).

außeruniversitären Wirtschafts- und Finanzforschungsinstitute gerade für kleinere künftige Netzwerkmitglieder sehr wichtig wäre.

Insbesondere die Bemühungen, die Forschungsdateninfrastrukturen der einzelnen Einrichtungen miteinander zu vernetzen und mittelfristig auf eine gemeinsame Benutzeroberfläche für den Zugang zu Datenbanken für empirische Finanzdaten hinzuarbeiten, werden vom Wissenschaftsrat uneingeschränkt begrüßt. Die hier bereits eingeleiteten Verständigungsprozesse sollten fortgeführt und Fragen der Kompatibilität von Datenstrukturen sowie Rechtsfragen mit Blick auf den Zugang zu personen- und firmenbezogenen Daten für Netzwerkmitglieder ebenso wie für Externe geklärt werden. Die von den designierten Netzwerkpartnern angestrebten vertieften Kooperationen in der Nachwuchsausbildung sowie eine bessere Abstimmung von Forschungsvorhaben und Transferaktivitäten werden vom Wissenschaftsrat ebenfalls nachdrücklich unterstützt. Bezüglich der beabsichtigten Einrichtung von methodischen und inhaltlichen Arbeitsgruppen des Netzwerks sollten die Partner baldmöglichst Prioritäten festlegen. Dabei ist der interdisziplinäre Charakter der Finanzforschung besonders zu berücksichtigen und – auch im Rahmen der geplanten Strukturen zur wissenschaftlichen Qualitätssicherung für das Netzwerk – die Einbeziehung der Rechtswissenschaften, der Verhaltens- und Sozialwissenschaften sowie weiterer relevanter Disziplinen sicherzustellen.

Der Wissenschaftsrat begrüßt ausdrücklich die Absicht der Initiatoren und der künftigen Netzwerkpartner, das Netzwerk nach Ablauf von drei Jahren durch den für das Netzwerk einzusetzenden wissenschaftlichen Beirat evaluieren zu lassen.

Zur Rolle des DIW Berlin im Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“

Durch die strategische Erweiterung würde das DIW Berlin in die Lage versetzt, einen komplementären Beitrag zum Netzwerk zu leisten. Dies gilt insbesondere für die beantragte neue Abteilung *Macro Finance* und den beantragten Themenschwerpunkt *Household Finance*, auch in einer engen Zusammenarbeit mit dem SOEP. Mit dem angestrebten Fokus seines Netzwerkbeitrags auf die Verbindung von mikroökonomischen und makroökonomischen Aspekten und die Analyse von Verteilungseffekten könnte das DIW Berlin die Beiträge des SAFE und des IWH wirkungsvoll ergänzen.

Da die Förderung der Interdisziplinarität in der Finanzforschung im Netzwerkkonzept noch nicht hinreichend ausgeführt ist, sollte das DIW Berlin das am Institut und bei etablierten Kooperationspartnern vorhandene Potenzial zur Integration soziologischer, psychologischer und politikwissenschaftlicher Perspektiven ausschöpfen. Außerdem sollte sich das Institut besonders in der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der Netzwerkpartner für den Trans-

fer der Netzwerkergebnisse in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit engagieren.

Das DIW Berlin sollte seine Erfahrung mit institutionsübergreifender, gemeinschaftlicher Nachwuchsförderung in die Planungen von Angeboten zur gemeinsamen Nachwuchsförderung der Netzwerkpartner einbringen. Dabei sollte der wissenschaftliche Nachwuchs – wie das Netzwerk insgesamt – von der guten Vernetzung des Instituts mit den Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie mit den politischen Akteuren profitieren.

E. Stellungnahme zum Antrag auf eine strategische Erweiterung

Der Wissenschaftsrat bewertet die beantragte strategische Erweiterung des DIW Berlin um eine Abteilung *Macro Finance* und die Themenschwerpunkte *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung im Rahmen der gemeinsamen Förderung durch Bund und Länder nach Ausführungsvereinbarung WGL insgesamt als nicht hinreichend.

Der Wissenschaftsrat bewertet die wissenschaftliche Qualität der beantragten strategischen Erweiterung des DIW Berlin als nicht hinreichend.

Der Wissenschaftsrat bewertet die überregionale Bedeutung der beantragten strategischen Erweiterung des DIW Berlin als gut.

Der Wissenschaftsrat bewertet die strukturelle Relevanz der beantragten strategischen Erweiterung des DIW Berlin für das Wissenschaftssystem als sehr gut.

Anlage: Bewertungsbericht
zur strategischen Erweiterung des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
(DIW Berlin), Berlin

2018

Drs. 6943-18
Köln 15 10 2018

Vorbemerkung	25
A. Ausgangslage	26
A.I Entwicklung und Aufgaben des DIW Berlin	26
I.1 Entwicklung	26
I.2 Aufgaben	26
A.II Strategische Erweiterung der Abteilungen des DIW Berlin	27
II.1 Forschungsprogramm und Forschungsplanung	27
II.2 Forschungs- und Serviceschwerpunkte	28
II.3 Erweiterungsvorhaben: Abteilung <i>Macro Finance</i> und Themenfeld <i>Consumer Finance</i>	33
II.4 Positionierung im fachlichen Umfeld	39
II.5 Publikationen	40
II.6 Drittmittel	40
II.7 Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses	41
II.8 Gemeinsame Berufungen mit Hochschulen	42
II.9 Kooperationen	43
II.10 Qualitätssicherung	43
A.III Organisation und Ausstattung	44
III.1 Organisation	44
III.2 Ausstattung	45
A.IV Forschungsnetzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“	47
A.V Perspektiven durch die strategische Erweiterung	50
B. Bewertung	52
B.I Zur Bedeutung der Einrichtung	52
B.II Zur Bedeutung der strategischen Erweiterung	52
B.III Zur Umsetzung der Erweiterung im Forschungsprogramm	53
III.1 <i>Macro Finance</i>	54
III.2 <i>Household Finance</i>	55
III.3 <i>Green Finance</i>	56
III.4 Digitalisierung	57
B.IV Zur Nachwuchsförderung	58
B.V Zu den Kooperationen	59
B.VI Zu Service und Transfer	60
B.VII Zur Qualitätssicherung	61
B.VIII Zu Struktur, Organisation und Ausstattung	62

24	VIII.1 Zur Struktur und Organisation	62
	VIII.2 Zur Ausstattung	62
B.IX	Zum Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“	62
	IX.1 Zum Netzwerk	62
	IX.2 Zum Netzwerkkonzept im Einzelnen	63
	IX.3 Zur Rolle des DIW Berlin im geplanten Netzwerk	65
	Anhang	67
	Abkürzungsverzeichnis	84

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zur strategischen Erweiterung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Berlin, ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale wieder.

A. Ausgangslage

A.1 ENTWICKLUNG UND AUFGABEN DES DIW BERLIN

I.1 Entwicklung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin wurde 1925 als „Institut für Konjunkturforschung“ (IfK) gegründet. Das DIW Berlin hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und wurde 1977 in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern aufgenommen (vormals Blaue Liste, heute Leibniz-Gemeinschaft). Innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft gehört das Institut der Sektion B „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften“ an. Seit 1983 beherbergt das DIW Berlin die Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel“ (SOEP), die im Jahr 2000 als eigenständige Abteilung in das Institut integriert wurde. Das DIW Berlin hat ein breites, mikro- und makroökonomische Ansätze umfassendes Profil in der Erforschung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Zusammenhänge; in den letzten Jahren wurde insbesondere der Bereich Makroökonomie verstärkt und ein neuer Schwerpunkt in Verhaltensökonomie gesetzt.

Im Jahr 2017 hat das DIW Berlin einen Antrag auf dauerhafte inhaltlich-strategische Erweiterung zur Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland als großen strategischen Sondertatbestand gestellt. Ziel der Erweiterung ist laut Antrag, die Alleinstellungsmerkmale des DIW Berlin mit einem Ausbau seiner Finanzmarktforschung zu verbinden und dadurch eine tragende Rolle im Aufbau des Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ einzunehmen, das gemeinsam vom DIW Berlin, dem LOEWE-Zentrum *Sustainable Architecture for Finance in Europe* (SAFE), Frankfurt/M., und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) getragen werden soll. Die strategische Erweiterung des DIW Berlin soll die Einrichtung einer neuen Abteilung *Macro Finance* sowie den Aufbau eines abteilungsübergreifenden Themenfelds *Consumer Finance* umfassen.

I.2 Aufgaben

Laut Satzung (§ 2 Abs. 1) dient das Institut ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken und hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten und zu erfor-

schen. Das DIW Berlin „leistet wissenschaftliche Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion und Beratung in wirtschaftlichen Fragestellungen, zur Weiterbildung sowie zur Wissensvermittlung in der interessierten Öffentlichkeit. Das DIW nimmt seine Aufgaben in wissenschaftlicher Unabhängigkeit wahr. Die Ergebnisse seiner Arbeiten werden zeitnah veröffentlicht und der Allgemeinheit zugänglich gemacht“ (§ 2 Abs. 1).

Nach Angaben des DIW Berlin entfallen circa zwei Drittel (67 %) der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals auf eigene Forschung, das restliche Drittel (33 %) auf Beratungs-, Transfer- und Serviceleistungen.

A.II STRATEGISCHE ERWEITERUNG DER ABTEILUNGEN DES DIW BERLIN

Im Folgenden werden zunächst kurz die aktuellen Inhalte und Strukturen von Forschung und Service am DIW Berlin beschrieben (vgl. Anhang 1.1), um die Umgebung zu veranschaulichen, in die die neue Abteilung *Macro Finance* und das Themenfeld *Consumer Finance* integriert werden sollen. Anschließend wird die geplante Erweiterung (vgl. Anhang 1.2) vorgestellt. Wie die Erweiterung in der *Scientific Community* verortet sein soll, wird im Abschnitt „Positionierung im fachlichen Umfeld“ dargelegt. Die folgenden Abschnitte stellen die Rahmenbedingungen und Leistungszahlen des DIW Berlin vor und gehen auf die Änderungen ein, die sich durch die Erweiterung ergeben sollen. Ein gesonderter Abschnitt stellt das avisierte Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ vor, in dessen Kontext auch das strategische Erweiterungsvorhaben des DIW Berlin eingebettet ist.

II.1 Forschungsprogramm und Forschungsplanung

Die drei grundlegenden inhaltlichen Prioritäten des DIW Berlin konzentrieren sich um die Themenbereiche Deutschland in Europa, Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit sowie Lebensqualität und Verteilung. Dabei ist das Institut in vier thematischen Clustern organisiert, die jeweils aus zwei bis drei Forschungsabteilungen bestehen: (1) Makroökonomie und Finanzmärkte, (2) Nachhaltigkeit, (3) Industrieökonomie und (4) Öffentliche Finanzen und Lebenslagen. Die Zusammenfassung von thematisch verwandten Abteilungen zu größeren Clustern schafft laut DIW Berlin optimale Rahmenbedingungen für die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit in Forschung und Politikberatung und bei der Betreuung der Promovierenden. Neben der Clusterstruktur gibt es temporäre Forschungsgruppen, die die querschnittsartige Bearbeitung von neuen Themen ermöglichen. Derzeit gibt es zwei solche Forschungsgruppen, „Gender Studies“ und „Nachhaltige Entwicklung“; zwei weitere Forschungsgruppen zu Ungleichheit und *Entrepreneurship* sind in Planung.

Der Vorstand des Instituts ist für die inhaltliche Planung und Ausrichtung des gesamten Instituts zuständig. Zur Vorbereitung der zukünftigen Forschungs-

schwerpunkte organisiert der Vorstand einmal im Jahr einen ganztägigen Strategieworkshop mit den Abteilungsleitungen. Aus einem solchen Diskussionsprozess ist im Jahr 2015 die Strategie DIW_2020 hervorgegangen.

Bei der thematischen Schwerpunktsetzung spielt zudem der sogenannte Geschäftsführende Ausschuss eine wichtige Rolle, bei dem einmal monatlich die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Abteilungsleitungen zusammen mit dem Vorstand tagen. Der Ausschuss ist kein satzungsbestimmtes Organ, nimmt jedoch eine wichtige beratende und meinungsbildende Funktion ein. Zur Vorbereitung der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses treffen sich die wissenschaftlichen Abteilungsleitungen im Rahmen des Wissenschaftlichen Rats. Die inhaltliche Ausrichtung des Instituts erfolgt auch mit externen Partnern, vor allem im Rahmen der Sitzungen des wissenschaftlichen Beirats und mit dem Kuratorium.

II.2 Forschungs- und Serviceschwerpunkte

II.2.a Cluster Makroökonomie und Finanzmärkte

Das Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ besteht aus den drei Abteilungen Makroökonomie, Konjunkturpolitik und Weltwirtschaft, die zu den folgenden Themenbereichen arbeiten:

- _ Finanzmärkte und Realwirtschaft: Die Abteilungen untersuchen die quantitative und qualitative Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der kurzen und langen Frist. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Weltwirtschaft wird dabei mit Blick auf realwirtschaftliche wie auch mit Blick auf finanzwirtschaftliche und monetäre Aspekte untersucht.
- _ Globalisierung, Integration und Institutionen: Die Abteilungen berücksichtigen europäische und internationale Zusammenhänge, wie sie sich in der zunehmenden Integration von Güter-, Faktor- und Finanzmärkten niederschlagen. Dabei werden die institutionellen Voraussetzungen für die Integration, aber auch die Implikationen institutioneller Bedingungen für Wachstum und Entwicklung in die Analyse einbezogen.
- _ Krisen, Schocks und Unsicherheit: Die Anpassung von wirtschaftlichen Akteuren und Volkswirtschaften an Schocks und Unsicherheit ist zentral für das Verständnis wirtschaftlicher Abläufe und Entwicklungen.

In der Abteilung Makroökonomie gibt es im Themenbereich Finanzmarktfor- schung bereits Vorarbeiten, zum Beispiel zur europäischen Banken- und Kapitalmarktunion. Im Rahmen eines DFG-Projekts zum Thema „Bankspezifisches Risiko und makroökonomische Stabilität“ (gemeinsam mit dem IWH) wird analysiert, welche Rolle Marktkonzentration im Bankensektor und bankspezi- fische Kreditschocks für die Volatilität makroökonomischer Größen spielen. Außerdem wurden in den letzten Jahren Analysen zu Wirkungen und Defizi-

ten der Finanzmarktregulierung durchgeführt. Dabei stand insbesondere die Evaluierung der Risikogewichtung und der Eigenkapitalanforderung im Fokus.

Auch die Abteilungen Weltwirtschaft und Konjunkturpolitik weisen bereits Arbeitsergebnisse im Bereich Finanzmarktforschung auf. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen zur internationalen Finanzstabilität, um systematische Risikofaktoren und deren Auswirkung auf das Funktionieren der Märkte zu identifizieren. An Devisenmärkten werden entsprechende Handelsstrategien untersucht bzw. Interventionen, die Kursverläufe glätten sollen und damit potenziell Risiken reduzieren. Außerdem werden die Auswirkungen von Geldpolitik und schwachen makroökonomischen Fundamentalfaktoren auf die Stabilisierungs- und Ansteckungseffekte von Finanzkrisen analysiert. Weiter erforscht die Abteilung Weltwirtschaft das Finanzverhalten von Individuen und insbesondere die kausale Wirkung von Bildungsmaßnahmen auf Finanzverhalten, beispielsweise in einer Analyse des Zusammenspiels von *Financial Literacy* und Familienhintergrund für das Finanzverhalten oder in einer Metastudie zur robusten Wirkung finanzieller Bildung auf Verhalten.

Zum Stichtag 31.12.2017 verfügte das Cluster Makroökonomie und Finanzmärkte über 13,0 grundmittelfinanzierte Vollzeitäquivalente (VZÄ) und 3,4 drittmittelfinanzierte VZÄ für wissenschaftliches Personal.

II.2.b Cluster Nachhaltigkeit

Das Cluster „Nachhaltigkeit“ besteht aus den beiden Abteilungen Energie, Verkehr, Umwelt und Klimapolitik und untersucht die Möglichkeiten und Auswirkungen einer nachhaltigen Energieversorgung und Mobilität sowie Maßnahmen zum Klimaschutz.

Die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt betreibt ökonomische Forschung und Politikberatung für eine klimafreundliche, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung und Mobilität. Sie verwendet für ihre Analysen insbesondere quantitative ökonomische Gleichgewichts- und Optimierungsmodelle und entwickelt diese weiter. Daneben werden auch ökonometrische Methoden eingesetzt. Inhaltlich konzentriert sich die Abteilung im Jahr 2018 auf drei Themenbereiche: „Transformation der Energiewirtschaft“, „Ressourcen- und Umweltmärkte“ sowie „Verkehrsökonomie“. Aus den Analysen werden Empfehlungen für die nationale, europäische und internationale Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik abgeleitet.

Die Abteilung Klimapolitik analysiert die Wirkungen und zukünftigen Gestaltungsoptionen von Politikinstrumenten, mit denen die Energiewende und der Übergang zu einem klimaschonenden Wirtschaftssystem im nationalen und europäischen Kontext umgesetzt werden können. Schwerpunktmäßig untersucht die Abteilung die Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Übergang zu erneuerbaren Energien in Europa sowie politische Strategien zur Erhöhung

der Energieeffizienz und zur Senkung der Emissionen von Treibhausgasen speziell in den Bereichen Industrie und Gebäude. Dabei werden Fragen der dynamischen Regulierung, der Industrieökonomie und der Finanzierung mithilfe von strukturierten Interviews, ökonometrischen Methoden sowie analytischen und kleinen numerischen Modellen der Mikroökonomie behandelt.

Auch im Bereich *Green Finance* kann das DIW Berlin bereits Arbeitsergebnisse vorweisen. So wurde ausgearbeitet, wie sich regulatorische Rahmenbedingungen auf die Finanzierung von Erneuerbare-Energie-Projekten auswirken, und es wurden Mechanismen, die zu Risikoauflagen durch Kapitalgeber führen, identifiziert und quantifiziert. Des Weiteren wurden Optionen zur Risikoabsicherung auf Sektorebene wie Langzeitverträge mit privaten Stromabnehmern untersucht, insbesondere bezüglich ihrer Wirkung auf die Bewertung und Kosten der Re-Finanzierung der privaten Stromabnehmer. Im Rahmen eines beim Bundesministerium für Umwelt und Bau (BMUB) beantragten internationalen Forschungsprojekts soll voraussichtlich ab Herbst 2018 untersucht werden, wie die Strukturierung von Klimafinanzierung Länder bei der Umsetzung von nationalen Politiken mit Klimaschutzwirkung unterstützen und die Effektivität der Politiken steigern kann.

Zum 31.12.2017 verfügte das Cluster Nachhaltigkeit über 2,8 grundmittelfinanzierte und 14,5 drittmittelfinanzierte VZÄ für wissenschaftliches Personal.

II.2.c Cluster Industrieökonomie

Das Cluster „Industrieökonomie“ besteht aus den beiden Abteilungen Wettbewerb & Verbraucher und Unternehmen & Märkte. Der Fokus des Clusters liegt auf theoretischen und empirischen Arbeiten zu Fragen der Funktionsweise von Märkten und wie diese durch wirtschaftspolitische Eingriffe verbessert werden kann. Dabei bilden imperfekter Wettbewerb, asymmetrische Informationen und vom traditionellen Verhaltensmodell abweichende Konsumentenentscheidungen die wesentlichen Ansatzpunkte. Innerhalb dieses Rahmens werden sowohl grundlegende theoretische Analysen und Laborexperimente durchgeführt als auch spezifische Märkte und Marktstrukturen mithilfe unterschiedlicher empirischer Instrumente untersucht.

Die Abteilung Unternehmen & Märkte untersucht die Auswirkung technologischer und institutioneller Veränderungen auf Marktergebnisse, auf Innovationen sowie auf die Effizienz und Produktivität von Unternehmen, einschließlich neu eintretender Unternehmen. Die Arbeit der Abteilung basiert auf industrieökonomischen Theorieansätzen und stützt sich auf Methoden der Mikroökonomie sowie auf reichhaltige Firmen- und Konsumentendatensätze. Ein besonderer Fokus der Forschungsagenda ist die Analyse der Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Rahmen der Digitalisierung der Wirtschaft.

Die Abteilung Wettbewerb & Verbraucher gliedert sich in die beiden Forschungsbereiche „Verhaltens- und Experimentalökonomie“ sowie „Märkte und Regulierung“. Ziel der Abteilung ist es, robuste Erkenntnisse über gesellschaftliche Entscheidungsprozesse und die Funktionsweise von Märkten zu gewinnen. Die Arbeit der Abteilung umfasst die Untersuchung menschlichen Verhaltens in verschiedenen, ökonomisch relevanten Bereichen sowie die Analyse möglichen Marktversagens.

Als Vorarbeiten und Anknüpfungspunkte für das Erweiterungsvorhaben macht das DIW Berlin unter anderem die bisherige Forschung im Bereich der Breitbandförderung mit Arbeiten zur Regulierung von Kommunikationsnetzen und zur Evaluierung staatlicher Förderprogramme geltend. Untersucht wurden beispielsweise die Auswirkungen der Netzneutralität auf die Investitionsanreize der Netzbetreiber, die mögliche Ineffizienz der aktuellen EU-Roaming-Regulierung und die Auswirkung der ersten Welle staatlicher Beihilfen für die Breitbandförderung in Deutschland.

Zum 31.12.2017 verfügte das Cluster Industrieökonomie über 9,1 grundmittel-finanzierte und 4,7 drittmittelfinanzierte VZÄ für wissenschaftliches Personal.

II.2.d Cluster Öffentliche Finanzen und Lebenslagen

Im Cluster „Öffentliche Finanzen und Lebenslagen“ werden die ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse in ihrem Wandel sowie Verteilungswirkungen, Anreizwirkungen und Verhaltenseffekte staatlichen, institutionellen wie individuellen Handelns untersucht. Das Cluster besteht aus den Abteilungen Staat und Bildung & Familie. Organisatorisch arbeiten zudem Teilbereiche der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) in diesem Cluster. |⁷

Übergreifendes Thema der Abteilung Staat ist die Frage, wie die Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik Entscheidungen von Personen, Haushalten und Unternehmen sowie die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen beeinflusst. Geprägt wird die Abteilung durch ihre empirisch-mikroökonomische Fundierung und die wirtschaftspolitische Orientierung der Forschungsarbeiten. Für die Wirkungsanalyse des staatlichen Handelns werden ökonometrische Methoden, wie dynamische strukturelle Modelle, sowie statische und dynamische Mikro-simulation und Verfahren der Ex-Post-Evaluation verwendet. Ziel ist es, dynamische und strukturelle Modelle zu entwickeln und zu erweitern, die makro-ökonomische Effekte integrieren, Informationen über die zukünftige

|⁷ Das SOEP wird wegen seiner primären Aufgabe, Forschungsinfrastruktur für die gesamte Sozial- und Wirtschaftsforschung bereitzustellen, programmatisch jedoch eigenständig geführt und erbringt deshalb neben seinem Wissenstransfer in Politik und Gesellschaft auch einen geringen Forschungsanteil.

Bevölkerungsstruktur enthalten und Verhaltensanpassungen der Akteure über den Lebenszyklus berücksichtigen.

Die Abteilung Bildung & Familie befasst sich mit bildungs- und familienrelevanten Fragen, vor allem aus mikroökonomischer Perspektive. Der Bereich Bildung beschäftigt sich mit dem Erwerb von Fähigkeiten über den Lebenszyklus und mit Wirkungsanalysen institutioneller Rahmenbedingungen des Bildungssystems. Im Bereich Familie liegt der Fokus zum einen auf der Analyse familiärer Prozesse, zum anderen auf Wirkungsanalysen familienpolitischer Rahmenbedingungen. Die empirischen Untersuchungen der Abteilung basieren auf Längsschnittdaten, insbesondere des SOEP, sowie auf unter der Leitung der Abteilung durchgeführten eigenen Panelerhebungen.

Zum 31.12.2017 verfügten die Abteilungen Staat und Bildung & Familie über 7,1 grundmittelfinanzierte und 10,4 drittmittelfinanzierte VZÄ für wissenschaftliches Personal.

II.2.e Serviceleistungen

Als ein Alleinstellungsmerkmal und einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur nennt das DIW Berlin das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Das SOEP ist eine der weltweit größten und ältesten Panel-Befragungen von Personen und privaten Haushalten und stellt Mikrodaten für Forschung innerhalb des Instituts sowie im In- und Ausland bereit. Im Hinblick auf die geplante strategische Erweiterung führt das DIW Berlin aus, dass das SOEP im Unterschied zu anderen Surveystudien die Verknüpfung mit finanzmarktrelevanten Daten zulasse und damit eine besonders wertvolle Forschungsinfrastrukturressource bilde.

Die fundierte Beratung ist Auftrag des DIW Berlin und wird von diesem als ein wichtiger Pfeiler der Arbeit des Instituts verstanden. Bei der Beratung von Politik und Gesellschaft sucht das Institut systematisch die Anschlussfähigkeit seiner Themen für zukünftige Frage- und Problemstellungen – auch aus europäischer und internationaler Perspektive. Das DIW Berlin beteiligt sich auf verschiedenen Kanälen an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten. Dafür stehen dem Institut unter anderem hauseigene Publikationen zur Verfügung. Mit dem Wochenbericht verfügt das DIW Berlin nach eigener Angabe über eine traditionsreiche wöchentliche Plattform, die reichweitenstark und hervorragend etabliert sei; der Wochenbericht werde als Printausgabe und zunehmend auch digital von Entscheiderinnen und Entscheidern rezipiert. Darüber hinaus fühlt sich das Institut in besonderer Weise dem Dialog mit der Öffentlichkeit über seine Arbeit, Themen und Forschungsergebnisse verpflichtet.

II.3.a Begründung des Erweiterungsvorhabens

In der aktuellen Forschungslandschaft in Deutschland finden sich laut DIW Berlin verschiedene Forschungseinheiten, die Teilaspekte der Finanzmarktforschung adressieren. Allerdings bedürfe es einer umfassenden und systematischen Betrachtung komplexer Finanzsysteme, der Wirkungszusammenhänge zwischen ihren Elementen und der Realwirtschaft sowie den zu erwartenden Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung. Daher müsse die Finanzmarktforschung gestärkt und durch eine kluge Vernetzung der verschiedenen Forschungsakteure in Deutschland und in Europa das Defizit in der Forschung behoben werden. Dies erfordere die Verknüpfung von mikroökonomischen mit makroökonomischen Aspekten, einen interdisziplinären Ansatz und die Öffnung hin zu neuen Perspektiven und zielgenauen Analysen für evidenzbasierte Politikberatung. Hierzu könne das DIW Berlin – anknüpfend an bereits bestehende Forschung und Strukturen und im engen Austausch im geplanten Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ – entscheidend beitragen. Die eigene Stärke im Bereich der Finanzmarktforschung sieht das DIW Berlin dabei in der Erforschung von wirtschaftlichen und finanzmarktrelevanten Zusammenhängen aus der Perspektive des einzelnen Menschen, der in seinem täglichen Leben durch Konsum, Kreditverhalten, durch Lebensentscheidungen zu Rente und privater Vorsorge und in seiner Umwelt durch Finanzinstitutionen, -märkte und -regulierung betroffen ist.

Darüber hinaus leistet das Erweiterungsvorhaben nach Angaben des DIW Berlin einen Beitrag zur Umsetzung der Evaluierungsempfehlungen der Leibniz-Gemeinschaft, den makroökonomischen Bereich am DIW Berlin zu stärken und mikroökonomische und makroökonomische Aspekte zu verbinden.

II.3.b Forschungsschwerpunkte des Erweiterungsvorhabens

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens beabsichtigt das DIW Berlin, seine Finanzmarktforschung in den Bereichen *Macro Finance* und *Consumer Finance* auszubauen. Im Einzelnen ist eine intensive inhaltliche und personelle Verknüpfung mit den Abteilungen Unternehmen & Märkte, Wettbewerb & Verbraucher, Weltwirtschaft, Staat und Klimapolitik sowie der geplanten Abteilung *Macro Finance* vorgesehen. An diese sechs Abteilungen soll das Themenfeld *Consumer Finance* mit den Bereichen *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung angebunden werden (vgl. Anhang 1.2).

Als Teil der Erweiterung soll eine neue Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ geschaffen werden. Ziele sind die Untersuchung der Interaktionen zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft sowie die Entwicklung neuer Makromodelle unter Einbeziehung des Finanzsektors zur Prognose der Wirtschaft und deren Verteilungswirkungen für individuelle Menschen sowie die daraus abgeleiteten Reformen für die europäische Finanz-, Geld- und Währungspolitik. Der Schwerpunkt der neuen Abteilung soll auf vier spezifischen Themen liegen:

- _ Integration von Finanzmärkten und -institutionen: Im Bereich der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion will das DIW Berlin die Auswirkungen regulatorischer und institutioneller Veränderungen auf den Finanzsektor und die Realwirtschaft untersuchen. Gemeinsam mit den Partnern des geplanten Netzwerks soll untersucht werden, inwiefern höhere Eigenkapitalanforderungen an Banken Marktkonzentration und Wettbewerb im Finanzsektor beeinflussen und wie sich dies auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität auswirken kann. Darüber hinaus soll auf Basis von Makro- und Mikrodaten die Forschung zu den Einflüssen institutioneller und regulatorischer Änderungen auf die Portfolioentscheidungen und die internationalen Aktivitäten von Banken und Nicht-Banken weiter auf- und ausgebaut werden, um zu beleuchten, welche Strukturen zu einer besseren internationalen Risikoteilung führen.
- _ Systemische Risiken zur Finanzstabilität: Im Bereich der Finanzstabilität soll die vertiefte Auseinandersetzung mit Banken und Finanzierung der Realwirtschaft ausgebaut werden, auch um Gefahren aus der Risikoübertragung auf private Haushalte und die Identifikation und Auswirkung von finanziellen Risiken zu analysieren. Bestehende Kompetenzen des DIW Berlin in der makroökonomischen Analyse, Immobilienbewertung und der Analyse von Devisen- und partiell auch Aktienmärkten sollen gestärkt und ergänzt werden, vor allem um das Feld Nicht-Banken.
- _ Ausbau makroökonomischer Modelle unter Einbeziehung von Finanzmärkten und von Verteilungsaspekten: Für die Prognose der makroökonomischen Entwicklung stützt sich das DIW Berlin auf einzelwirtschaftliche Ansätze und mikroökonomische Daten. In der neuen Abteilung sollen methodologische Ansätze für die Konjunkturprognose und Simulationszwecke entwickelt werden, beispielsweise mikrofundierte agentenbasierte Modelle und Modelle mit segmentierten Anlagemärkten. Beide Modellklassen sollen weiterentwickelt und für quantitative Analysen nutzbar gemacht werden.
- _ Interaktion zwischen Geldpolitik und Finanzstabilität in Europa: Über die bisher am DIW Berlin erforschten makroökonomischen Effekte der Geldpolitik hinaus soll die Bedeutung von Finanzmarktpreisen und ihre Funktion

als Transmissionskanal der geldpolitischen Impulse analysiert werden. Größen wie Staatsverschuldung oder finanzmarktbasierter Unsicherheit sowie Heterogenität zwischen den Ländern der Europäischen Währungsunion sollen einbezogen werden, um die Auswirkungen der Geldpolitik auf Vermögenspreise, Banken sowie kleine und mittlere Unternehmen zu verstehen.

Themenfeld „Consumer Finance“

Neben der neuen Abteilung sollen abteilungs- und clusterübergreifend im Themenfeld *Consumer Finance* mikroökonomische Anknüpfungspunkte in den beteiligten Abteilungen aufgegriffen und die systematische Analyse von Finanzmarktaspekten vor allem für Konsumentinnen und Konsumenten, Unternehmen sowie die staatliche Regulierung ausgebaut werden.

_ Thema Household Finance

Unter dem Thema *Household Finance* sollen die Interaktion von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken und deren Integration in die Analyse von Verteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems und von Rentenreformen sowie die Entwicklung und Evaluierung von Maßnahmen zur finanziellen Bildung im Hinblick auf deren Wirkung auf Überschuldung, unzureichende Diversifikation und Absicherung von Lebensrisiken untersucht werden. Basierend auf empirischen Methoden sollen folgende Analysen durchgeführt werden:

- _ Finanzielle Absicherung von Haushalten für die Rentenphase: Auf Basis eines dynamischen Lebenszyklusmodells, das alle wesentlichen Einkommen, Rentenansprüche und Vermögen auf der Haushaltsebene abbildet und zugleich die Umverteilung und Versicherung durch das Steuer-, Transfer- und Rentensystem berücksichtigt, soll analysiert werden, wie sich das Einkommen von Haushalten in der Rentenphase entwickeln wird und wie sich dieses bei einer exogenen Veränderung der Risiken entwickelt.*
- _ Verteilungswirkungen eines Staatsfonds zur Alterssicherung: In diesem Projekt soll untersucht werden, wie sich das Einkommen im Alter durch die Einführung eines Staatsfonds verändert. Zunächst soll auf Basis eines *Portfolio Choice*-Modells analysiert werden, ob und wie stark die Nachfrage nach privater Vorsorge von Haushalten mit niedrigen Einkommen durch die Einführung eines Staatsfonds steigt. In einem zweiten Schritt soll diese Information in das oben beschriebene Lebenszyklusmodell integriert und untersucht werden, ob stärkere Verbreiterung und die höheren Renditen zu einer besseren Absicherung der Lebenslagen im Alter führen.*
- _ Optimalität des Renten-, Steuer- und Transfersystems: Für diese umfassende Optimalitätsanalyse soll gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des SAFE ein strukturelles Lebenszyklusmodell entwickelt wer-*

den, das neben den Institutionen auch das Spar- und Arbeitsangebot von Haushalten berücksichtigt. Darüber hinaus spielen zum einen die Heterogenität der Haushalte und zum anderen gesamtwirtschaftliche Effekte auf Löhne und Zinsen eine wichtige Rolle.

Organisatorisch soll das Thema *Household Finance* hauptverantwortlich in der Abteilung Staat angesiedelt sein, in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Weltwirtschaft.

_ Thema *Green Finance*

Am DIW Berlin werden aktuell verschiedene Forschungsprojekte zur Umgestaltung in eine grüne Marktwirtschaft, insbesondere zu klima- und regulierungsbedingten Investitionsrisiken sowie zur Finanzmarktregulierung bearbeitet. Im Bereich *Green Finance* soll untersucht werden, welche Risiken durch Energie- und Klimapolitik für Investoren entstehen und wie sich diese auf die Finanzierung von Investitionen auswirken, um auf dieser Grundlage zu bewerten, wie die Ausgestaltung von finanz- und realwirtschaftlicher Regulierung zur Erreichung vereinbarter Klima- und Energieziele beitragen kann. Folgende drei Schwerpunkte sollen gesetzt werden:

_ Die Wirkung von Energie- und Klimapolitik auf Finanzierung: Eine entscheidende Forschungsfrage lautet hier, wie Energie- und Klimapolitik gestaltet werden kann, sodass regulatorische Risiken für Investoren vermieden und marktbasierende Risiken reduziert oder abgesichert werden können. Dazu sollen Anreize und regulatorische Risiken für Projektentwickler analytisch abgebildet werden, um ihre Wirkung auf Finanzierungsstrukturen und -entscheidungen zu betrachten.

_ Die Rolle von Transparenz für *Green Finance*: Konkret soll die unternehmensspezifische Offenlegung von Klima- bzw. CO₂-Risiken untersucht werden. Bei diesen Risiken geht es vor allem um zukünftige, z. B. durch Klima- und Energie-Regulierung getriebene Markt-, Preis- und Kostenveränderungen und die Frage, welche Auswirkungen diese auf die Rentabilität aktueller Investitionen bzw. Unternehmungen haben. Aufbauend auf empirischen Schätzungen zu Auswirkungen von Offenlegung und CO₂-Intensität in einigen Ländern, sollen die Kapitalkosteneffekte unterschiedlicher Reportinganforderungen und die sich daraus ergebende Wirkung auf Unternehmensentscheidungen analytisch bewertet werden.

_ Der Einfluss von Finanzmarktregulierung auf die Rolle der Finanzinstitutionen für grüne Investitionen: Eine Leitfrage ist hier, inwiefern grüne Investitionen durch Finanzmarktregulierung unterstützt werden könnten. Die Wirkung der Reformen des Eigenkapitalstandards auf berichteten Finanzierungszugang und Beschränkungen grüner Unternehmen soll im Vergleich zu anderen Unternehmen untersucht werden. Darauf aufbauend sollen Op-

tionen zur Unterstützung grüner Investitionen durch Finanzmarktregulierung bewertet werden.

Organisatorisch soll das Thema *Green Finance* hauptverantwortlich in der Abteilung Klimapolitik angesiedelt sein, in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt.

_ Thema Digitalisierung

Unter dem Thema Digitalisierung sollen die Auswirkungen von neuen Finanzmarktrisiken und -strukturen durch neue Intermediäre, die Rolle des Wettbewerbs und des Verbraucherschutzes auf den digitalen Märkten sowie die Finanzierung der Breitbandinfrastruktur und deren Auswirkungen auf sozioökonomische Aktivitäten des einzelnen Menschen untersucht werden. Im Einzelnen sollen folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

_ *Entrepreneurship*, Unternehmensgründung und *Crowd Funding*: Derzeit wird am DIW Berlin untersucht, unter welchen Voraussetzungen High-Tech Start-ups und innovative Aktivitäten von jungen Unternehmen erfolgreich bleiben und wachsen. Von zentraler Bedeutung sind hier die von verschiedenen *FinTechs* eingeleiteten Disintermediationsentwicklungen: Private Investoren umgehen klassische Finanzintermediäre und reichen als *Crowd* über Online-Plattformen Kapital direkt aus. Um die Frage zu beantworten, inwieweit diese neue Marktform nachhaltig ist und zur Überwindung von Ineffizienzen im Offline-Marktgeschehen bei der frühen Finanzierung von Unternehmen mit Wachstumspotenzial beiträgt, soll beispielsweise untersucht werden, wie Finanzierungsmatches zustande kommen, welche Renditeerwartungen Investoren haben und wie sich die über die *Crowd* finanzierten Unternehmen entwickeln.

_ Wettbewerb und Regulierung für Zahlungssysteme: Ein zweiter wichtiger Aspekt von *FinTechs* ist die bedeutende Entwicklung im Konsumentenfinanzsektor. Hier sollen innovative Zahlungsdienste und die sich aus ihnen ergebenden Herausforderungen für eine staatliche Regulierung untersucht werden. In Anbetracht des verstärkten Wettbewerbs durch neue Zahlungsdienste und der daraus resultierenden grundlegenden Veränderung des strategischen Entscheidungsspielraums traditioneller Banken sollen außerdem die Implikationen dieser Veränderungen für die Regulierung herkömmlicher Zahlungssysteme analysiert und potenzieller Regulierungsbedarf für konkurrierende, innovative Zahlungssysteme aufgezeigt werden.

_ Finanzierung von digitaler Infrastruktur: Beim Aufbau von Übertragungsnetzen der nächsten Generation stellt sich die Frage, wie dynamisch effiziente Investitionen erreicht werden können, ob der bestehende europäische Regulierungsrahmen angemessen ist und welche Rolle staatliche Subventionen in diesem Bereich spielen sollten. Hier sollen dynamische Aspekte,

wie Nachfrageunsicherheiten und Risiken, mit Blick auf die Finanzierung und das regulatorische Umfeld untersucht werden.

Organisatorisch soll das Thema Digitalisierung hauptverantwortlich im Cluster Industrieökonomie angesiedelt sein, zudem arbeitet die Abteilung Forschungsinfrastruktur im Bereich Digitalisierung.

II.3.c Service- und Transferschwerpunkte des Erweiterungsvorhabens

Aufbauend auf der Kompetenz im Bereich der Forschungsinfrastruktur sollen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens und des Forschungsnetzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ mit dem *SAFE Data Center* und dem am IWH angesiedelten Sekretariat des CompNet Netzwerks europäischer Zentralbanken sowie dem Forschungsdatenzentrum am IWH die Kapazitäten zur Sammlung und Bereitstellung von Forschungsdaten im Bereich der Finanzmärkte erweitert werden. Die angedachte Vereinheitlichung von Prozessen und Standards für den Umgang mit und die Verfügbarkeit von Daten soll dabei gleichzeitig neue Qualitätsstandards bei der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur in den Wirtschafts- und Finanzwissenschaften setzen.

Das DIW Berlin erklärt, es werde seine langjährigen Erfahrungen in der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur für die Bearbeitung vieler Forschungsfragen im Netzwerk, aber auch für die Arbeit der einzelnen Institute einbringen. Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens wolle es zudem, in enger fachlicher und technischer Abstimmung mit den Partnern im avisierten Forschungsnetzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“, nachnutzbare vernetzte Beobachtungs- und Kommunikationsinfrastrukturen erarbeiten, um Mustererkennung basierend auf den wissenschaftlichen Datenbeständen zu ermöglichen und den wissenschaftlichen Austausch zu beschleunigen und zu vereinfachen. Diese Aktivitäten sollen die Nachnutzung wissenschaftlicher Daten gemäß des FAIR Paradigmas (*Findable, Accessible, Interoperable, Reusable*) als Teil von *Open Science* ermöglichen. Um diese Ziele zu erreichen, sei die nachhaltige Konzeptionierung und Entwicklung neuer Infrastrukturdienste erforderlich: Hierfür werde das DIW Berlin Referenzarchitekturen für Software-Services erstellen, die in Referenzimplementierung von Infrastrukturdiensten gemäß der wissenschaftlichen Anforderungen der Finanzmarktforschung umgesetzt sowie durch offene Standards und *Best Practices* dokumentiert würden.

Ein besonderer Aspekt des Erweiterungsvorhabens am DIW Berlin sei ferner der durch die Zusammenarbeit mit SAFE im Rahmen des Netzwerks gewährleistete direkte Austausch zwischen dem Finanzplatz Frankfurt und dem Politikstandort Berlin, an dem zum einen viele der wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen getroffen würden und zum anderen mit *FinTech*-Firmen wichtige Herausforderer der Banken- und Finanzinstitutionen angesiedelt seien.

Laut DIW Berlin ist die Finanzmarktforschung in Deutschland noch relativ schwach entwickelt. In Deutschland arbeiteten vor allem die Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute (besonders DIW Berlin und IWH), einige Universitäten, private *Business Schools* (wie die *European School of Management and Technology Berlin*, ESMT) und andere Forschungseinrichtungen (darunter SAFE, das Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn, und das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, München) an einzelnen Aspekten zu Regulierung und Gestaltung von Finanzmärkten und den Wechselwirkungen mit der Realwirtschaft.

Global werde die Finanzmarktforschung vor allem von angelsächsischen Universitäten und Institutionen dominiert. In den USA seien es vorrangig *Business Schools*, die exzellente Forschung im Bereich der Finanzmärkte durchführten. Auch viele Zentralbanken, der Internationale Währungsfonds, die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) und andere internationale Finanzinstitutionen seien seit vielen Jahren führend.

Die eigene Stärke im Bereich der Finanzmarktforschung sieht das DIW Berlin in der Erforschung von Finanzmarktthemen aus der mikroökonomischen Perspektive, die es dann in der Verbindung mit makroökonomischen Fragen erlaube, Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das gesamte Finanzsystem und die Finanzmarktpolitik zu machen. Insbesondere die Mikrofundierungen der Finanzmarktforschung seien international noch nicht besetzt.

Im Bereich *Green Finance* und Transparenz hebt das DIW Berlin die guten methodischen (ökonometrischen) Ansätze zur Auswirkung von Offenlegung von Klima- und CO₂-Risiken sowie der CO₂-Intensität auf Kapitalkosten und auf *Firm value* an der Universität Hamburg, der *University of Wisconsin-Madison* und der *Harvard Business School* hervor. Das Erweiterungsvorhaben am DIW Berlin sehe vor, die Modelle um klima- und energieregulatorische Aspekte zu erweitern, vor allem in Bezug auf die Auswirkungen erwarteter klimaregulativer Dynamik auf die Risikobewertung von Emissionsintensität. Bei angebotsseitigen Fragestellungen der *Green Finance* biete das *UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance* an der *Frankfurt School of Finance* ein gutes Verständnis der kapitalmarktseitigen Treiber nachhaltiger Finanzierung, das sich nach Ansicht des DIW Berlin mit dem guten Verständnis des DIW Berlin von Investitionsentscheidungen von Unternehmen und Projektentwicklern sowie deren regulatorischem Investitionskontext ergänze. Schließlich analysiere das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK), wie sich z. B. Klimapolitiken auf Unternehmensbewertungen auswirkten und was dies für Kapitalgeber bedeute. Im Vergleich dazu sieht das DIW Berlin den eigenen Fokus auf sektor- und energiespezifischer Regulierung und plant, auch die Verbindung mit der Angebotsseite und der Transparenzebene herzustellen.

Beim Thema Digitalisierung kann das Erweiterungsvorhaben des DIW Berlin nach eigener Angabe mehrere kürzlich eingerichtete interdisziplinäre Forschungsaktivitäten und -einrichtungen in Deutschland insbesondere um eine wirtschaftswissenschaftliche Perspektive ergänzen, beispielsweise das im September 2017 eröffnete und vom BMBF geförderte Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, das 2017 gegründete *Einstein Center Digital Future*, das Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) sowie das *Big Data Center* der TU Berlin und das *Munich Center for Internet Research* (MCIR). International gesehen gibt es laut DIW Berlin zwei prominente Netzwerke, die sich mit Fragen der Digitalisierung beschäftigen und teilweise eine thematische Überschneidung mit dem Erweiterungsvorhaben aufweisen: das *Toulouse Network for Information Technology* (TNIT) und die Digitalisierungsgruppe im Programm *Productivity, Innovation, and Entrepreneurship* (PRIE) des *National Bureau of Economic Research* (NBER). Das 2017 neu im CESifo Forschungsnetzwerk gegründete Fachgebiet *Economics of Digitization*, dem einige DIW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter angehören, habe diese Netzwerke durch eine europäische Perspektive und durch die Etablierung der Digitalisierung als Querschnittsthema in allen Bereichen der Wirtschaftsforschung ergänzt. Finanzmarktthemen stünden in diesem Netzwerk zurzeit aber noch am Rand.

II.5 Publikationen

Im Zeitraum von 2015 bis 2017 haben wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DIW Berlin insgesamt 276 Aufsätze in referierten und 50 Aufsätze in nicht referierten Zeitschriften veröffentlicht (vgl. Anhang 5). Sie gaben 80 Monographien sowie elf Sammelbände heraus und verfassten 352 nicht referierte Internetpublikationen. Es wurden 38 Beiträge zu Sammelwerken im Fremdverlag sowie 480 Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag veröffentlicht. Die fünf Publikationen der letzten drei Jahre, die das DIW Berlin als seine wichtigsten im Hinblick auf die geplante strategische Erweiterung erachtet, sind Anhang 6 zu entnehmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DIW Berlin hielten im Begutachtungszeitraum insgesamt 1.482 Vorträge, darunter 613 referierte Konferenzbeiträge.

II.6 Drittmittel

Das DIW Berlin wählt drittmittelfinanzierte Projekte laut Selbstbericht so aus, dass sie dem Auftrag der Satzung (siehe I.2) entsprechen. Dabei werden die Abteilungen intern von Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren unterstützt, die Ausschreibungen sondieren und neue Forschungsthemen identifizieren. Gemeinsam mit den Abteilungsleitungen werden die passendsten und aussichtsreichsten Ausschreibungen ausgewählt. Die Drittmittelstrategien der einzelnen Abteilungen werden in den Programmbudgets detailliert für die jeweiligen Jahre dargestellt.

Im Zeitraum von 2015 bis 2017 betragen die Drittmiteinnahmen des DIW Berlin insgesamt rund 13,3 Mio. Euro (vgl. Anhang 7). Davon entfielen circa 5,8 Mio. Euro (43,6 %) auf den Bund. Rund 2,5 Mio. Euro (18,9 %) stammten von Stiftungen, rund 1,7 Mio. Euro (12,6 %) von der EU und rund 1,1 Mio. Euro (8,1 %) von der DFG. Die übrigen Drittmiteinnahmen von rund 2,2 Mio. Euro (16,7 %) kamen von verschiedenen Drittmittelgebern. |⁸

II.7 Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin beteiligen sich an der Hochschullehre: zum einen unterrichten zwei Personen mit insgesamt 6,5 Semesterwochenstunden (SWS) im institutseigenen strukturierten Promotionsprogramm, zum anderen hatten im Wintersemester 2016/2017 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DIW Berlin Lehraufträge im Umfang von insgesamt 73 SWS an zwölf Hochschulen inne. Die gemeinsam berufenen Professorinnen und Professoren nehmen durchschnittlich zwei Semesterwochenstunden Lehre wahr.

Das DIW Berlin erklärt, dass die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einen zentralen Stellenwert in der Arbeit des Instituts einnehme. Das DIW Berlin *Graduate Center* (GC) organisiert seit 2006 ein strukturiertes Promotionsprogramm, seit 2011 in enger Zusammenarbeit mit dem *Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science* (BDPEMS), das von den Berliner Universitäten organisiert wird. Das Promotionsprogramm des GC folgt den internationalen Standards der PhD-Programme in *Economics*, hat allerdings einen besonderen Schwerpunkt in der politiknahen Ausbildung durch die Einbindung der Promovierenden in die Forschungsabteilungen.

Bei der Entwicklung des Postdoc-Programms „Berlin Economics Research Associates“ (BERA) waren laut DIW Berlin die Leitlinien der Leibniz-Gemeinschaft für die Arbeitsbedingungen und die Karriereförderung promovierender und promovierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein wichtiger Orientierungspunkt. Das Förderprogramm für promovierte Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wurde Anfang 2016 von sieben Universitäten und Forschungseinrichtungen in Berlin ins Leben gerufen und wird vom DIW Berlin koordiniert. Durch gezielte Maßnahmen soll erstklassiger Nachwuchs für die beteiligten Institutionen gewonnen und mit umfassenden Angeboten gefördert werden.

Das DIW Berlin plant, im Rahmen der strategischen Erweiterung das Thema Finanzmarktforschung am Institut in die Nachwuchsförderung zu integrieren.

|⁸ Land/Länder, Wirtschaft, Parteien, Leibniz-Gemeinschaft, Industrie- und Handelskammer (IHK), Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Universitäten, Forschungsinstitute.

So soll sich die thematische Erweiterung des Instituts auf das Kursprogramm des *Graduate Center* (z. B. durch zusätzliche theoretische und empirische *Masterclasses*) wie auch des Postdoc-Programms BERA auswirken. Das Erweiterungsvorhaben soll auch im Rahmen des Netzwerks einen Beitrag zur Nachwuchsförderung leisten: angestrebt sind die gegenseitige Öffnung von Kursen, die Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten und des *Mentoring*-Netzwerks für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie die gegenseitige Unterstützung bei der Organisation von Gastaufenthalten für Promovierende bei Regierungsinstitutionen, Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und Universitäten im In- und Ausland.

II.8 Gemeinsame Berufungen mit Hochschulen

Insgesamt sind 19 leitende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin gemeinsam mit Hochschulen vor allem aus Berlin und Brandenburg berufen, |⁹ wobei für 14 der gemeinsamen Berufungen ein Erstattungsmodell („Berliner Modell“ oder analog) und für fünf ein Beurlaubungsmodell („Jülicher Modell“) vereinbart ist. Das DIW Berlin führt die Verfahren zur Besetzung der Professuren einstufig, also im Rahmen eines universitären Berufungsverfahrens durch. In Ausnahmefällen ist ein institutsinterner Findungsprozess vorgelagert, bei dem jedoch die Kommissionen unter maßgeblicher Beteiligung universitärer Vertreterinnen und Vertreter besetzt werden, insbesondere aus der Universität, an die die berufene Person später angebunden werden soll.

Das DIW Berlin erklärt, dass sich die engere Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Berlin und Brandenburg weiter in gemeinsamen Berufungen ausdrücken soll. Die Zahl der gemeinsamen Berufungen soll mittelfristig unterhalb der Ebenen des Vorstands und der Abteilungsleitungen im Bereich von W1- oder W2-Stellen erhöht werden. Dabei könnten auch zunehmend *Tenure-Track*-Stellen eingerichtet werden. Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens seien bis zu vier zusätzliche gemeinsame Berufungen geplant: für die Leitung der neuen Abteilung *Macro Finance* sowie in den Aufwüchsen innerhalb der Cluster in den thematischen Bereichen *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung.

|⁹ Im Einzelnen: sechs gemeinsame Berufungen mit der Freien Universität Berlin, vier mit der Humboldt-Universität zu Berlin, drei mit der Universität Bielefeld sowie je eine gemeinsame Berufung mit der Technischen Universität Berlin, der *Hertie School of Governance*, der Universität Potsdam, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, der Technischen Hochschule Wildau und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Das DIW Berlin verfügt nach eigener Angabe bereits über hervorragende Kooperationen zu wesentlichen Aspekten der Finanzmarktforschung mit nationalen und internationalen Partnern. So gebe es beispielsweise eine enge Zusammenarbeit in der Berliner Wissenschaftslandschaft |¹⁰ zu einzelnen der im Erweiterungsvorhaben genannten Themen. Man arbeite im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Rationalität und Wettbewerb“ eng mit der LMU München und der HU Berlin zusammen. Für die grundlegende Erforschung der ökonomischen Auswirkungen der Digitalisierung werde der interdisziplinäre Leibniz-WissenschaftsCampus *Berlin Centre for Consumer Policies* (BCCP) intensiv genutzt. Die Abteilung Forschungsinfrastruktur des DIW Berlin befinde sich im aktiven Dialog unter anderem mit der *Research Data Alliance* und dem Leibniz-Forschungsverbund *Science 2.0* sowie mit dem *Institute for Advanced Sustainability Studies* (IASS), Potsdam, bezüglich der innovativen transdisziplinären Anwendung von Forschungsdaten und -methoden für neue Fragestellungen im Rahmen von wissenschaftlichen Infrastrukturen. Auch mit den beiden anderen Antragstellern, IWH und SAFE, würden bereits viele gemeinsame Projekte im Bereich der Finanzmarktforschung bearbeitet, die durch das geplante Netzwerk weiter ausgebaut werden sollen.

Weiter gebe es eine Reihe von Kooperationen zu Finanzmarktthemen mit internationalen Institutionen. Im Bereich der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion kooperiere das DIW Berlin mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen der Europäischen Zentralbank (EZB). Das DIW Berlin beabsichtigt, die engen Kooperationen mit der *Purdue University*, dem *Institute for Fiscal Studies* (IFS) in London und der *London School of Economics* (LSE) im geplanten Bereich des *Entrepreneurship* zu stärken. Im Bereich der Finanzstabilität und europäischen Kapitalmarktunion (Risikoprämien an Devisenmärkten, Devisenmarktinterventionen) soll die Kooperation mit der *Cass Business School* der *City, University of London* fortgeführt und intensiviert werden. Zu Fragen der Finanzierung von Effizienzmaßnahmen im Klimaschutz und Hedgingstrategien im Emissionshandel sollen bestehende Kooperationen mit der LSE, im Bereich der Plattformregulierung soll die enge Kooperation mit der ESMT und der KU Leuven gestärkt werden.

II.10 Qualitätssicherung

Das DIW Berlin verfügt über einen wissenschaftlichen Beirat, der das Institut in wissenschaftlichen Fragen berät, die Forschungsarbeit bewertet und dem Kuratorium berichtet. Der wissenschaftliche Beirat ist auch an Berufungs- und

| ¹⁰ Das DIW Berlin nennt hier die HU Berlin, die FU Berlin, die TU Berlin, die ESMT Berlin, die *Hertie School of Governance* und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

berufungsähnlichen Auswahlverfahren beteiligt und laut Satzung gleichermaßen für alle wissenschaftlichen Abteilungen des Instituts und die forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung SOEP zuständig. Der Beirat besteht aus zwölf international angesehenen aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die auf mindestens einem der Arbeitsgebiete des Instituts fachlich ausgewiesen sind.

In seiner Stellungnahme vom 17. Juli 2017 unterstützt der wissenschaftliche Beirat das Erweiterungsvorhaben des DIW Berlin nachdrücklich und begrüßt den Plan zur Einrichtung des gemeinsamen Forschungsnetzwerks. Der Beirat hebt in seiner Stellungnahme besonders die Forschungsexpertise des DIW Berlin, seine internationalen Kooperationen sowie seine Erfahrung in Transfer und Politikberatung hervor. Ferner wird betont, dass das SOEP ein wesentlicher Partner des geplanten Netzwerks sein könnte und sollte.

Der wissenschaftliche Beirat des DIW Berlin soll ebenso wie die Beiräte des IWH und des SAFE in die Entwicklung und Koordinierung des Arbeitsprogramms des Forschungsnetzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ eingebunden werden.

A.III ORGANISATION UND AUSSTATTUNG

III.1 Organisation

Die Organe des Vereins sind laut Satzung (§ 4) die Mitgliederversammlung, das Kuratorium, der Vorstand, der wissenschaftliche Beirat und der SOEP Survey Rat. Die Mitgliederversammlung, der juristische und natürliche Personen angehören, |¹¹ ist das höchste Beschlussorgan des Vereins. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Kuratoriums, die Verabschiedung des Programmbudgets sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstands.

Das Kuratorium besteht laut Satzung aus fünfzehn Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und öffentlicher Verwaltung. |¹² Es nimmt gegenüber dem Vorstand Aufsichts- und Beratungsfunktionen wahr und hat unter anderem folgende Aufgaben: die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Bestellung von wissenschaftlichen Abteilungsleitun-

| ¹¹ Ständige Mitglieder sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin.

| ¹² Im Einzelnen sind dies drei Vertreterinnen bzw. Vertreter der Bundesressorts (die für Wirtschaft, Forschung und Finanzen zuständigen Bundesressorts), drei Vertreterinnen bzw. Vertreter des Sitzlandes Berlin (die für Wissenschaft, Finanzen und Wirtschaft zuständigen Ressorts), die bzw. der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats, die bzw. der Vorsitzende der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin, die Präsidentinnen bzw. Präsidenten der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin sowie vier weitere Mitglieder.

gen, von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats und des SOEP Survey Rats, die Genehmigung der Grundzüge des Forschungsprogramms sowie die Besetzung bzw. Einsetzung von Berufungsgremien.

Dem Vorstand, der aus der bzw. dem Vorsitzenden (Präsidentin bzw. Präsident), einem zweiten wissenschaftlichen Vorstandsmitglied und der Geschäftsführerin bzw. dem Geschäftsführer besteht, obliegt insbesondere die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins. Der Vorstand berichtet der Mitgliederversammlung und dem Kuratorium über den Gang der Geschäfte und die Lage des Vereins. Die Präsidentin bzw. der Präsident ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig. Ihr bzw. ihm obliegen die Leitung und Wahrnehmung der Sprecherfunktion für das Institut. Beschlüsse in administrativen Angelegenheiten können nicht gegen die Stimme der Geschäftsführerin bzw. des Geschäftsführers gefasst werden.

Das DIW Berlin erklärt, dass Struktur und Zusammenwirken der vorhandenen Leitungsgremien zweckmäßig und angemessen erscheinen. Derzeit werde eine noch stärkere auch strukturierte Einbindung der Vertretung der Abteilungsleitungen in Entscheidungsprozesse des Instituts diskutiert und gemeinsam konzipiert.

Durch die geplante strategische Erweiterung und die Mitgliedschaft im Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ wird sich nach Einschätzung des DIW Berlin die *Governance* des Instituts nicht verändern.

III.2 Ausstattung

III.2.a Haushalt

Die Grundfinanzierung des DIW Berlin erfolgt durch gemeinsame Zuwendungen von Bund und Ländern nach Artikel 91b GG. Dabei stammen die Zuwendungen für das SOEP zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Ländern, die Zuwendungen für alle anderen Forschungsbereiche des DIW Berlin jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern. Die öffentlichen Zuwendungen machen gut zwei Drittel des Institutshaushalts aus. Im Jahr 2016 (Ist) erhielt das DIW Berlin Zuwendungen von Bund und Ländern in Höhe von 19,7 Mio. Euro. Die Soll-Zahlen für die Jahre 2017 und 2018 liegen bei 19,8 Mio. Euro bzw. 20,1 Mio. Euro.

Der jährliche Gesamtmittelbedarf für die strategische Erweiterung wird vom DIW Berlin mit 2.051,6 Tsd. Euro im Endausbau angegeben, wovon 352,8 Tsd. Euro als Eigenanteil erbracht werden sollen. |¹³ Von den veranschlagten zusätzlichen Mitteln (1.698,8 Tsd.) entfallen 1.070 Tsd. Euro auf Personalkosten (630 Tsd. Euro auf den Aufbau der Abteilung *Macro Finance* und 440 Tsd. Euro auf das Themenfeld *Consumer Finance*) und 628,8 Tsd. Euro auf Nachwuchsförderung, Sachkosten wie z. B. Vernetzungsaktivitäten und Datenlizenzen sowie Investitionen in Forschungsinfrastruktur.

III.2.b Personal

Zum 31.12.2017 verfügte das DIW Berlin (ohne SOEP) über 105,9 grundfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (Vollzeitäquivalente, VZÄ), davon 40,5 VZÄ für wissenschaftliches Personal, unter denen 22,8 VZÄ befristet besetzt waren (vgl. Anhang 2.1). Über Drittmittel finanzierte das Institut zum Stichtag weitere 33,1 VZÄ für wissenschaftliches Personal, von denen 26,7 VZÄ befristet besetzt waren (vgl. Anhang 3). Insgesamt waren am Institut zum Stichtag 213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Anzahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betrug 107, von denen 51 aus Drittmitteln finanziert wurden.

Wie Anhang 4 zu entnehmen ist, betrug zum Stichtag der Frauenanteil beim grundfinanzierten wissenschaftlichen Personal 38 %. Die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war seit unter fünf Jahren im DIW Berlin tätig und jünger als 40 Jahre.

Das DIW Berlin gibt an, dass in den letzten Jahren über alle Abteilungen ein Personalaufwuchs zu verzeichnen gewesen sei. Das Verhältnis zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal sei dabei in etwa gleich geblieben. Zukünftig sei aufgrund der Tarifentwicklung in Kombination mit den moderaten Aufwüchsen im Grundhaushalt von einer Wahrung bis leichten Minderung des Personalniveaus auszugehen.

Zusätzlicher Personalbedarf für die strategische Erweiterung

Insgesamt sind für die strategische Erweiterung 16,0 VZÄ geplant, davon 11,0 zusätzliche VZÄ und 5,0 über den Eigenanteil eingebrachte VZÄ (vgl. III.2.a mit Fußnote, sowie Anhang 2.2). Im Endausbau soll die Erweiterung eine Abtei-

|¹³ Das DIW Berlin beabsichtigt, den Eigenanteil im wissenschaftlichen Bereich durch Zuordnung von zwei Postdoc-Stellen aus der Abteilung Makroökonomie zu der neuen Abteilung *Macro Finance*, sowie von je einer Postdoc-Stelle aus dem Cluster Industrieökonomie und der Abteilung Staat zum Themenfeld *Consumer Finance* zu erbringen. Weiterhin soll im Bereich des Wissenschaftsmanagements je eine 50 %-Stelle einer Teamassistentin und Projektkoordination bereitgestellt werden.

lungsleitung und acht wissenschaftliche Stellen für die neue Abteilung *Macro Finance*, drei S-Professuren und drei wissenschaftliche Stellen im Themenfeld *Consumer Finance* sowie 1,0 VZÄ für Teamassistenz und Projektkoordination umfassen.

III.2.c Räumlichkeiten und Infrastruktur

Das DIW Berlin hat seinen Sitz seit dem Jahr 2007 in der Mohrenstraße 58/59 in Berlin-Mitte und verfügt über eine Gesamtfläche von 9.144 m², davon 4.640 m² reine Bürofläche, etwa 1.050 m² Veranstaltungs-, Seminar-, und Sozialräume und knapp 3.500 m² Verkehrs- und Lagerflächen.

Das DIW Berlin gibt an, dass das Gebäude, bedingt durch die historische Baustruktur, zum Zeitpunkt des Einzugs über vergleichsweise wenig öffentliche oder Sozialflächen verfügt habe. Im Zuge einer Erweiterung im Jahr 2017 seien weitere Flächen im Nebengebäude angemietet und mit den Bestandsflächen verbunden worden, wodurch man zum einen dringend benötigte neue Büroflächen, zum anderen aber vor allem auch zwei weitere Seminarräume und zusätzliche Kommunikations- und Sozialflächen gewonnen habe. So verfüge nun jedes Stockwerk über einen *Staff Meeting Room*.

Raum- und Infrastrukturbedarf für die strategische Erweiterung

Nach Angaben des DIW Berlin beschränkt sich die für das Erweiterungsvorhaben notwendige räumliche und sächliche Ausstattung vorrangig auf die Einrichtung von Arbeitsplätzen für die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Computerarbeitsplätze, Telefone, ggf. anfallende Miete für zusätzliche Räume). Für eine derzeit noch auf einem Teilbereich eingemietete Tochtergesellschaft könnten zukünftig bei Bedarf eigene Büroflächen an einem anderen Standort gefunden werden, sodass die gewonnene Fläche für den Personalaufwuchs im Rahmen des Erweiterungsvorhabens zur Verfügung stünde.

Zur Umsetzung des Ausbaus der Forschungsinfrastruktur für das Forschungsdatenmanagement im Forschungsfeld Finanzmarktforschung sieht das DIW Berlin Beschaffungen zur Umsetzung von Referenzarchitekturen für Software-Services und zur Referenzimplementierung von Infrastrukturdiensten vor.

A.IV FORSCHUNGSNETZWERK „HERAUSFORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN GELD- UND FINANZORDNUNG“

Der Antrag auf strategische Erweiterung des DIW Berlin ist eingebettet in die Absicht des DIW Berlin, gemeinsam mit SAFE und IWH ein Netzwerk zu „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ zu gründen. Neben dem Erweiterungsvorhaben des DIW Berlin sind auch ein entsprechendes Erweiterungsvorhaben am IWH sowie der Antrag des SAFE auf Aufnahme in

die gemeinsame Bund-Länder-Förderung im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft eng mit der avisierten Gründung dieses Netzwerks verknüpft.

Das Forschungsnetzwerk soll seine Arbeit ab dem Jahr 2020 aufnehmen und grundsätzlich auf unbestimmte Dauer angelegt sein. Als Gründungsmitglieder des Forschungsnetzwerks sind das DIW Berlin, das IWH und das SAFE vorgesehen; weitere Mitglieder sollen aufgenommen werden, wenn eine Mehrheit der bestehenden Mitglieder der Aufnahme zustimmt. Durch die Vernetzung der Institute und weiterer Einrichtungen soll eine kritische Größe erreicht werden, um gemeinsam Forschung, Infrastruktur, Nachwuchsförderung und Transferaktivitäten im Finanzbereich zu fördern. Ziel ist es, durch gemeinsame Anstrengungen Antworten auf die Herausforderungen einer globalen, auf Stabilität ausgerichteten Finanz-, Geld- und Währungsordnung zu finden. Dazu soll die Rolle von Finanzstrukturen und -entscheidungen für Wachstum, Verteilung und Stabilität im Rahmen eines dauerhaften interdisziplinären Forschungsansatzes untersucht werden, der zum einen die Verbindung zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft in seiner ganzen Breite abbilden kann und der zum anderen auf den Erkenntnissen mehrerer Fachrichtungen, insbesondere der Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie der Rechtswissenschaft aufbaut.

Das Netzwerk soll sich in den ersten drei Jahren seines Bestehens folgenden Themenstellungen widmen:

- _ der ökonomischen Analyse der EU-Kapitalmarktunion,
- _ dem Zusammenwirken von Geldpolitik und Finanzstabilität,
- _ der Evaluation regulatorischer Maßnahmen im Rahmen der Geld- und Finanzordnung.

Zur Erreichung der Zielsetzung soll bei Bedarf Forschungsinfrastruktur, insbesondere Forschungsdatensammlungen, auf- bzw. ausgebaut und vor allem innerhalb des Netzwerkes wechselseitig nutzbar gemacht werden. Die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs soll in den für das Netzwerk zentralen Themenfeldern gefördert werden, z. B. durch Bereitstellung von Arbeits- und wissenschaftlichen Qualifikationsmöglichkeiten am Standort von Netzwerkpartnern und durch gemeinsame Stipendienprogramme. Es soll eine gemeinsame Strategie für den Transfer der Netzwerkergebnisse in die Politik, die Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit entwickelt und umgesetzt werden.

Von den Mitgliedern des Netzwerks sollen sieben Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen jedes Mitglied mit einer Expertin bzw. einem Experten vertreten sein soll:

- _ Arbeitsgruppe Dateninfrastruktur (Infrastruktur),
- _ Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung (Transfer),

- _ Arbeitsgruppe *Policy Communication* (Transfer),
- _ Arbeitsgruppe *Behavioral Finance* (methodisch),
- _ Arbeitsgruppe *Data Analytics* (methodisch),
- _ Arbeitsgruppe Geldpolitik (inhaltlich),
- _ Arbeitsgruppe Kapitalmarktunion und Bankenunion (inhaltlich).

Jedes Mitglied soll die ihm im Zusammenhang mit Forschungsaktivitäten des Netzwerks entstehenden Personal- und Sachkosten grundsätzlich selbst tragen. Die Gründungsmitglieder sollen sich dazu verpflichten, zu gleichen Teilen Mittel aus ihrem Grundhaushalt für die Durchführung einer jährlichen Netzwerk-Forschungskonferenz, einer jährlichen *Summer School* in *Financial Economics*, die Vernetzung der Nachwuchsausbildung, gemeinsame Workshops, Wissenstransfer, die Kommunikation der Netzwerkaktivitäten sowie ein Netzwerk-Sekretariat aufzuwenden; hierfür wollen die drei Einrichtungen ein gemeinsames Budget in Höhe von zunächst 390 Tsd. Euro pro Jahr vorsehen.

IV.1.a Governance des Netzwerks

Das Netzwerk soll von einem Strategiekomitee geleitet werden, das sich aus den wissenschaftlichen Leitungen aller beteiligten Mitgliedsinstitute zusammensetzen und eine Sprecherin bzw. einen Sprecher aus seinen Reihen für die Dauer von einem Jahr wählen soll. Das Strategiekomitee soll die Gesamtverantwortung für das Netzwerk tragen, dessen Arbeitsprogramm entwickeln und koordinieren, die Umsetzung der strategischen Ziele verantworten sowie die Kontakte zu Leibniz-Forschungsverbänden pflegen. Es wird in seiner Arbeit durch ein Netzwerk-Sekretariat unterstützt, das in der Regel bei der jeweiligen Sprechereinrichtung angesiedelt ist.

Das Strategiekomitee kann einen Nutzerbeirat für die Transferaktivitäten des Netzwerks einrichten, in dem die Hauptadressaten der Transferaktivitäten des Netzwerks aus Politik und Regulierung vertreten sein sollten; die Mitglieder des Nutzerbeirats werden vom Strategiekomitee berufen. Der Nutzerbeirat soll das Strategiekomitee insbesondere bei der Weiterentwicklung seines Themenportfolios unterstützen.

Das Netzwerk soll außerdem von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet werden, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen wissenschaftlichen Beiräte der antragstellenden Institute zusammensetzt. Das Strategiekomitee des Netzwerks soll periodisch an diesen wissenschaftlichen Beirat über die Aktivitäten des Netzwerks berichten.

IV.1.b Rolle des DIW Berlin als Netzwerkpartner

Das DIW Berlin möchte innerhalb des geplanten Netzwerks mit seinen besonderen Stärken in mikroökonomischen Fragestellungen einen entscheidenden Beitrag bei der Verbindung von makro- und mikroökonomischer Fundierung

der Finanzmarktforschung leisten. Ferner sieht das Institut aufgrund seiner traditionell interdisziplinären Arbeitsweise – mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politologie und Psychologie – ideale Voraussetzungen, auch die interdisziplinäre Forschung im Bereich Makroökonomie und Finanzen voranzutreiben, z. B. durch eine Erweiterung um den wichtigen Bereich der Psychologie der Finanzmärkte und verhaltensökonomische Ansätze.

A.V PERSPEKTIVEN DURCH DIE STRATEGISCHE ERWEITERUNG

Vor dem Hintergrund des immer größeren Stellenwerts der Finanzmarktforschung ermöglicht das Erweiterungsvorhaben laut DIW Berlin eine systematische und langfristige Erforschung makrofinanzieller und finanzmarktbezogener Fragestellungen. Das Institut erwartet vom Auf- und Ausbau der Finanzmarktforschung am DIW Berlin eine weitere Stärkung der eigenen Reputation bei Forschung und Beratung in diesem Forschungsbereich. Darüber hinaus werde die enge inhaltliche Vernetzung der Themen in der Finanzmarktforschung mit anderen Arbeitsschwerpunkten dem DIW Berlin erlauben, wichtige Synergien – beispielsweise durch eine verbesserte Prognosequalität makroökonomischer Modelle, eine bessere Identifizierung von systemischen Risiken für die Realwirtschaft, eine realistischere Modellierung von Lösungsansätzen beim Klimaschutz, eine zielgenauere Rentenvorsorge und Analyse von Risiken für die private Vorsorge, oder eine bessere Bereitstellung von digitaler Infrastruktur – zu heben. Die Stärkung der Finanzmarktforschung durch das Erweiterungsvorhaben bedeute auch eine thematische Bereicherung für die Arbeit in den Leibniz-Forschungsverbänden „Krisen einer globalisierten Welt“, „Gesundes Altern“ und „Energiewende“, denen das DIW angehört. Ferner erwartet das DIW Berlin einen Ausbau seiner internationalen Netzwerke und eine damit verbundene Verbesserung seiner internationalen Sichtbarkeit in Forschung und Beratung.

Die besondere Einbettung des Erweiterungsvorhabens des DIW Berlin in das Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ ermögliche eine entscheidende zusätzliche thematische und methodische Diversität bei der Erforschung von Finanzmärkten. Der integrative Ansatz gestatte es erstmals, alle einschlägig ausgerichteten Forschungsressourcen und -ansätze bei den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Sektion B der Leibniz-Gemeinschaft (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften) miteinander in Verbindung zu setzen, koordiniert und zielgerichtet zu verfolgen und weiterzuentwickeln. Zudem greife der thematische Rahmen des Netzwerks das erst kürzlich verabschiedete Forschungsprofil der Leibniz-Gemeinschaft auf, nach dem die Zukunftssicherung eine übergeordnete Aufgabenstellung sei. Durch die Offenheit des geplanten Netzwerks für weitere nationale und auch internationale Kooperationspartner werde eine Aus-

strahlungskraft über Deutschland hinaus auf europäischer Ebene angestrebt und der Anspruch auf Augenhöhe im Vergleich zum US-amerikanischen Forschungsumfeld unterfüttert.

B. Bewertung

B.I ZUR BEDEUTUNG DER EINRICHTUNG

Das DIW Berlin erfüllt als wirtschaftswissenschaftliches Leibniz-Institut die Aufgabe, Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung sowie evidenzbasierte wirtschaftspolitische Beratung der Politik, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit durchzuführen. Traditionell liegen die Schwerpunkte und Stärken des DIW Berlin in der mikroökonomischen Forschung auf Grundlage empirischer Forschungsdaten. Hier genießt das DIW Berlin eine hohe Reputation. Als Folge der letzten Evaluation durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2012 ist zudem die makroökonomische Forschung am DIW Berlin erfolgreich gestärkt worden. Eine Kernkompetenz des DIW Berlin liegt ferner in der makroökonomischen Modellierung. Mit dem am DIW Berlin angesiedelten und im Jahr 2000 als eigenständige Abteilung integrierten Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) verfügt das Institut über eine der wichtigsten und renommiertesten wissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen der Sozial- und Wirtschaftsforschung.

Das DIW Berlin erbringt, aufbauend auf seinen Forschungsleistungen, wichtige Service- und Beratungsleistungen für Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik und ist am Politikstandort Berlin hochgradig vernetzt. Durch vielfältige Kooperationsbeziehungen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung ist das DIW außerdem sehr gut in die Berliner Wissenschaftslandschaft integriert und übernimmt in der Pflege dieser Kooperationsbeziehungen eine aktive und gestaltende Rolle.

B.II ZUR BEDEUTUNG DER STRATEGISCHEN ERWEITERUNG

Die globale Finanzkrise 2007/2008 hat in großer Deutlichkeit gezeigt, dass makroökonomische, realwirtschaftliche Zusammenhänge nicht ohne Berücksichtigung der Finanzmärkte und ihrer Akteure analysiert und verstanden werden können. Eine profunde wissenschaftliche Expertise zu den Beziehungen und Wechselwirkungen von Finanzsystem, Regulierung, Geldpolitik und Realwirtschaft ist daher auch für eine kompetente evidenzbasierte Beratung von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit von besonderer Wichtigkeit. Die Ab-

sicht des DIW Berlin, seine makroökonomische Forschung um eine Abteilung *Macro Finance* zu erweitern, in der die Interaktion von Finanzmärkten und Realwirtschaft untersucht werden soll, ist dementsprechend zweckmäßig. Die weiteren, innerhalb der geplanten strategischen Erweiterung des DIW Berlin zum Ausbau vorgesehenen Themenschwerpunkte – *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung – sind im Grundsatz ebenfalls von wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Relevanz.

Auch wenn sich die Finanzforschung bereits seit der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt einer systematischen Verknüpfung makro- und mikroökonomischer Perspektiven widmet, besteht auf diesem Gebiet weiterhin Forschungsbedarf. Eine solche Verknüpfung strebt das DIW Berlin in der neuen Abteilung *Macro Finance* an. Aufbauend auf seiner mikroökonomischen Ausrichtung und seiner Stärke in der Analyse von Verteilungsaspekten hat das DIW Berlin darüber hinaus grundsätzlich gute Voraussetzungen, die Mikrofundierungen der Finanzforschung wissenschaftlich zu bearbeiten. Das DIW Berlin zeichnet sich durch seine interdisziplinäre Arbeitsweise vor allem in Verbindung zu Soziologie, Politikwissenschaft und Psychologie aus, die sich sowohl hausintern und in der Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) als auch in den externen Kooperationsbeziehungen des Instituts niederschlägt. Das SOEP bietet darüber hinaus eine hervorragende Basis haushaltsbezogener Mikrodaten, die perspektivisch mit Daten zu Finanzmärkten verknüpft werden soll und so in hohem Maße zur empirischen Mikrofundierung der Finanzforschung und damit zu einem Mehrwert der strategischen Erweiterung des DIW Berlin für die Fachgemeinschaften in den Finanz- und Wirtschaftswissenschaften beitragen könnte.

Das Erweiterungsvorhaben des DIW Berlin ist Teil eines gemeinsam mit dem Forschungszentrum *Sustainable Architecture for Finance in Europe* (SAFE) und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) geplanten Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“, das auch für weitere Mitglieder offen stehen soll. Eine Stärkung der Finanzforschung an mehreren Standorten bietet den Vorteil, spezifische Stärken verschiedener Einzelinstitutionen zu nutzen und möglichst viele Dimensionen der derzeit in Deutschland noch unzureichend ausgeprägten Finanzforschung abzubilden. Insbesondere mit Blick auf den Aufbau einer Abteilung für *Macro Finance* und des Themenschwerpunkts *Household Finance* könnte das Institut einen wichtigen komplementären Beitrag zu diesem Netzwerk leisten.

B.III ZUR UMSETZUNG DER ERWEITERUNG IM FORSCHUNGSPROGRAMM

Das DIW Berlin beabsichtigt im Rahmen des Erweiterungsvorhabens zum Ausbau der Finanzforschung, eine neue Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ sowie drei abteilungs- und clusterübergrei-

fende Themenschwerpunkte – *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung – einzurichten. Die drei Themenschwerpunkte sollen hauptverantwortlich in der Abteilung Staat (*Household Finance*), in der Abteilung Klimapolitik (*Green Finance*) und im Cluster Industrieökonomie (Digitalisierung) angesiedelt werden.

Hinsichtlich der bereits bestehenden wissenschaftlichen Ausgangspunkte bzw. Grundlagen und des jeweiligen Reifegrads der Forschungskonzepte unterscheiden sich die vier Teilvorhaben in ihrer Qualität. Obgleich einige der im Antrag aufgeführten prospektiven Einzelprojekte in ihrer inhaltlichen Konzeption eine Überarbeitung und Präzisierung erfordern, ist das Potenzial der geplanten Abteilung *Macro Finance* und des Themenschwerpunkts *Household Finance* vielversprechend. Sowohl die geplante Abteilung *Macro Finance* als auch der Themenschwerpunkt *Household Finance* würden sich aufgrund der geleisteten Vorarbeiten gut in das Forschungsprogramm des DIW Berlin einfügen und dieses mit ihren Bezügen zur Finanzforschung um wichtige Aspekte ergänzen. Die Einrichtung der Themenschwerpunkte *Green Finance* und Digitalisierung ist hingegen, auch wenn die beiden Themen das Forschungsprogramm des DIW Berlin grundsätzlich gut ergänzen könnten, aufgrund deutlicher Mängel in der Konzeption und schwächerer Vorarbeiten nach jetzigem Stand nicht überzeugend. Es wird daher empfohlen, im Falle einer strategischen Erweiterung des DIW Berlin zunächst die Abteilung *Macro Finance* und das Thema *Household Finance* aufzubauen und hierbei die direkten Bezüge zur Finanzforschung noch stärker zu akzentuieren. Die Themen *Green Finance* und Digitalisierung sollten zwar weiter verfolgt werden; es sind aber vor einem Ausbau weitere methodische und inhaltliche Vorarbeiten zu leisten sowie belastbare Vernetzungen mit einschlägigen Forscherinnen und Forschern am Standort Berlin und darüber hinaus zu etablieren. Ferner sollte bei allen Themen der interdisziplinäre Anspruch des DIW Berlin stärker in die im Rahmen der Erweiterung geplanten Projekte einfließen, gerade was politikwissenschaftliche Perspektiven angeht.

III.1 *Macro Finance*

Die geplante Abteilung *Macro Finance* soll sich vorrangig der Untersuchung der Interaktionen zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft sowie Fragen der Finanzstabilität widmen. Die von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DIW Berlin behandelten Themen aus dem Bereich *Macrofinance*, beispielsweise zur Regulierung von Banken, sind aktuell und stimmig in ihrer Konzeption; es gibt nachvollziehbare Anknüpfungspunkte zur Finanzforschung. Bereits jetzt erbringen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin auf dem Feld *Macrofinance* gute, in Teilen auch sehr gute Publikationsleistungen. Insbesondere die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zeigen großes wissenschaftliches Potenzial. Hervorzuheben sind hier beispielsweise Untersuchungen zu der Frage, wie die Schieflage einzelner Banken zu Instabilitäten im Finanzsystem führen kann, oder zu den Auswirkungen

gen einer Verschärfung der Eigenkapitalregeln für Banken auf das Verhalten der Schattenbanken und den aus dieser Verhaltensänderung resultierenden Effekten auf die Finanzmarktstabilität und die makroökonomische Stabilität. Die Arbeiten stützen sich auf anerkannte und zum Teil auch innovative Methoden. So werden beispielsweise Mikro- und Makrodaten auf innovative Weise verbunden, um aus theoretischen Überlegungen abgeleitete Hypothesen zu überprüfen, oder Simulationsanalysen mithilfe theoretisch fundierter und empirisch belegter Modelle durchgeführt.

Dem DIW Berlin ist es gelungen, vielversprechende Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler anzuziehen, sowohl im thematischen Bereich *Macrofinance* als auch für die jüngst neu besetzte Abteilungsleitung Makroökonomie. Zwischen der geplanten Abteilung *Macro Finance* und der wissenschaftlich sehr guten Abteilung Makroökonomie ergeben sich einige Anknüpfungspunkte, die jedoch vom DIW Berlin noch weiter ausgearbeitet werden müssen. Auch in der angestrebten Zusammenarbeit mit der auf exzellentem Niveau arbeitenden Abteilung Staat können sich wichtige Synergien mit einer Abteilung *Macro Finance* ergeben. Ein ähnlicher Ansatz wird bereits erfolgreich durch die Makro- und *Household Finance*-Gruppen am SAFE verfolgt. Hier sollte das DIW Berlin komplementär und in Zusammenarbeit mit dem SAFE verschiedene Aspekte des Themengebiets erforschen. Schließlich kann auch die realwirtschaftlich zugeschnittene Abteilung Konjunkturpolitik des DIW Berlin von einer Zusammenarbeit mit der beantragten Abteilung *Macro Finance* profitieren.

Die im Konzept der strategischen Erweiterung genannten Einzelthemen der geplanten Abteilung *Macro Finance* bedürfen allerdings einer inhaltlichen Schärfung, beispielsweise hinsichtlich der auch mit den Partnern des Netzwerks im Bereich der Banken- und Kapitalmarktunion geplanten Arbeiten. Trotz einer schwachen Konzeption im Antrag kann die Erweiterung des DIW Berlin um eine Abteilung *Macro Finance* aufgrund der bereits erbrachten Forschungsleistungen, des wissenschaftlichen Potenzials der beteiligten Personen – insbesondere der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – sowie der erfolgsversprechenden internen wie externen Vernetzungsmöglichkeiten insgesamt sinnvoll und zweckmäßig sein. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Präzisierung der Themen und Ziele der in der neuen Abteilung zu verfolgenden Projekte im Zuge der Aufbauphase.

III.2 *Household Finance*

Im geplanten Themenschwerpunkt *Household Finance* sollen die Interaktionen von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken untersucht werden. Sowohl die Vorarbeiten zum Thema *Household Finance* als auch die im Rahmen des Erweiterungsvorhabens geplanten Projekte mit der Betrachtung der Auswirkungen von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktschocks auf Einkommen und Lebenslagen von Haushalten einerseits und der Absicherung der Arbeitsmarkt- und Fi-

finanzmarktrisiken andererseits weisen einen wissenschaftlich interessanten und praktisch relevanten Themenfokus auf. Das DIW Berlin zeichnet sich auf diesem Gebiet durch innovative Methoden und Experimente sowie eine sehr dynamische Forschergruppe aus. Die Forschung im thematischen Bereich von *Household Finance* weist einen klaren Bezug zur internationalen Spitzenforschung auf und bringt sehr gute, teilweise auch herausragende Publikationen hervor.

Im Bereich Sozialpolitik und *Household Finance* bestehen bereits gute Kooperationen, beispielsweise im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Rationalität und Wettbewerb“, an dem Wissenschaftler des DIW Berlin als Teilprojektleiter beteiligt sind. Die geplanten Kooperationen mit dem SAFE zu einem optimalen Renten-, Steuer-, und Transfer-System und mit dem IWH zu den Auswirkungen von Firmeninsolvenzen für Haushalte sind vielversprechend. Weiterhin ist es sinnvoll, die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Staat und der explizit finanzwirtschaftlich ausgerichteten Abteilung Weltwirtschaft weiter zu intensivieren. Angesichts sehr guter Forschungsleistungen zu Finanzthemen und makroökonomischen Themen aus der Abteilung Weltwirtschaft sollte die internationale Dimension solcher Themen eine größere Rolle spielen, als dies bisher in den geplanten Projekten und Schwerpunkten des beantragten Themenschwerpunkts *Household Finance* vorgesehen ist.

Aufgrund der hohen Qualität der bereits geleisteten Vorarbeiten, der insgesamt überzeugenden Themenkonzeption sowie der guten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit innerhalb des DIW Berlin und auch mit anderen Kooperationspartnern – darunter insbesondere den beiden potenziellen Netzwerkpartnern IWH und SAFE – bestehen am DIW Berlin vielversprechende Voraussetzungen für die Einrichtung eines Themenschwerpunkts *Household Finance*.

III.3 *Green Finance*

Das Forschungsthema *Green Finance* ist derzeit noch ein Randthema in der Finanzforschung. Das DIW Berlin beabsichtigt, im Rahmen des Themenschwerpunkts vorrangig die Risiken durch Energie- und Klimapolitik für Investoren und deren Auswirkung auf die Finanzierung von Investitionen zu untersuchen. Das DIW Berlin verfügt hierzu grundsätzlich über Kompetenzen in Fragen der Klimapolitik und gute Kontakte zu politischen Akteuren. Außerdem gibt es Ansätze, das Thema *Green Finance* zu besetzen, wie beispielsweise die in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem *Hub for Sustainable Finance* im Februar 2018 durchgeführte *High-Level Conference on Sustainable Finance*. Jedoch zeigen sowohl das im Rahmen des Erweiterungsantrags vorgelegte Konzept als auch die Vorarbeiten in diesem Bereich bisher nur einen schwachen Bezug zu Finanzmarktthemen und weisen teilweise methodische Schwächen auf. Zudem werden relevante Themen, die aktuell im Zentrum des Interesses der Finanzforschung (z. B. das Anlageverhal-

ten von Zentralbanken, *Sovereign Wealth Funds* oder Vorsorgeinstituten) oder in Verbindung mit dem Bereich Digitalisierung stehen (s. u.), bisher weder bearbeitet, noch wird deren Bearbeitung in Aussicht gestellt.

Trotz der Schwierigkeit, zu *Green Finance*-Themen in exzellenten internationalen Zeitschriften zu publizieren, sollte die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in diesen Fachzeitschriften grundsätzlich angestrebt werden. Das Potenzial für sehr gute Publikationen und eine Orientierung auf internationale Spitzenpublikationen sind jedoch gegenwärtig am DIW Berlin für das Thema *Green Finance* nicht erkennbar. Es fehlt darüber hinaus ein klares, längerfristiges Forschungskonzept. Die Entwicklung eines solchen Konzepts wird möglicherweise auch dadurch erschwert, dass die Abteilung Klimapolitik derzeit vollständig aus Drittmitteln finanziert wird und über keine grundfinanzierten Stellen verfügt. Insgesamt wird der geplante Themenschwerpunkt *Green Finance* nach jetzigem Stand als nicht überzeugend bewertet.

III.4 Digitalisierung

Es ist zu begrüßen, dass das DIW Berlin das wichtige Thema Digitalisierung in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung voranzutreiben beabsichtigt. Die gewählten Einzelthemen für den Themenschwerpunkt Digitalisierung sind allerdings weder innovativ noch erfolgversprechend, teilweise auch nicht einschlägig. Zwar sind einige der als Vorarbeiten angeführten Veröffentlichungen, zum Beispiel zu Zahlungsdiensten, für sich betrachtet sehr gut. Die Verbindung zum Thema Digitalisierung ist jedoch nicht nachvollziehbar, was zum Teil auch für die geplanten Schwerpunkte innerhalb dieses Bereichs gilt. So haben Forschungsprojekte zum Breitbandausbau kaum Schnittstellen zu Themen wie *FinTechs* oder *Digital Finance*; beim bereits vergleichsweise gut erforschten Thema *Crowd Funding* ist der Bezug zur aktuellen Forschungsliteratur nicht hinlänglich erkennbar. Darüber hinaus bleibt derzeit unklar, inwiefern die geplanten Einzelthemen einen weiteren Horizont eröffnen, der über das jeweils genannte Einzelproblem hinausweist. Auch die Verbindung von Digitalisierungsthemen und *Green Finance*, beispielsweise mit Blick auf intelligente Stromnetze (*Smart Grids*) oder die Anwendung von *Blockchain*-Technologie im Bereich *Green Finance*, spielt im Konzept und in den Überlegungen des DIW Berlin bislang keine Rolle, obwohl gerade hier Potenzial für abteilungs- und clusterübergreifende Forschungsprojekte bestünde.

Insgesamt bleibt das Erweiterungskonzept für das Thema Digitalisierung sowohl inhaltlich wie methodisch (z. B. in Bezug auf die Datenbasis der einzelnen Projekte oder die theoretischen Grundlagen) vage. Auch wenn nachvollziehbar ist, dass man potenziell zu gewinnenden Forscherinnen und Forschern einen groben thematischen Rahmen bieten und keine konkreten Projekte vorschreiben möchte, mangelt es derzeit an einem überzeugenden Gesamtkonzept für das Thema Digitalisierung. Zum aktuellen Zeitpunkt bestehen daher

Zweifel, ob es dem DIW Berlin gelingen könnte, exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für dieses Thema anzuziehen.

Um das Thema Digitalisierung im Rahmen der Finanzforschung überzeugend besetzen und dazu in exzellenten Fachzeitschriften veröffentlichen zu können, muss das DIW Berlin sein Forschungsprofil auf diesem Gebiet deutlich schärfen und weitere thematische und methodische Vorarbeiten leisten. Die Grundvoraussetzungen dafür sind gerade in Berlin angesichts vieler potenzieller Partner im Digitalisierungsbereich (z. B. Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, *Einstein Center Digital Future*, *Start-Ups*, *FinTechs* etc.) und bereits etablierter Kooperationspartner des Instituts (z. B. TU Berlin mit dem Auf- und Ausbau von Themen wie digitale Märkte, digitale Währungen oder *Blockchain-Technologien*) vielversprechend. Über einen Austausch mit diesen Partnern sollte das DIW Berlin in Bezug auf das Thema Digitalisierung weitere thematische Impulse einholen und den Transfer von Methodenkenntnissen intensivieren. Insgesamt wird der geplante Themenschwerpunkt Digitalisierung nach jetzigem Stand als nicht überzeugend bewertet.

B.IV ZUR NACHWUCHSFÖRDERUNG

Über das *Graduate Center* führt das DIW Berlin in enger Kooperation mit den benachbarten Universitäten ein sehr gutes und modernes gemeinschaftliches Doktorandenprogramm durch, in dem Finanzthemen allerdings bisher noch unterrepräsentiert sind. Derzeit verbleibt noch ein recht hoher Anteil (ca. 27 %) von Doktorandinnen und Doktoranden nach der Promotion am DIW Berlin, wobei diese Zahl rückläufig ist. Der Weg des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte nach der Promotion verstärkt auch über den internationalen Arbeitsmarkt an andere Universitäten und Institutionen führen. Es ist zu begrüßen, dass das DIW Berlin mittelfristig ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern anstrebt und im Sinne des Kaskadenmodells daher einen besonderen Wert auf die Berücksichtigung von Bewerbungen hervorragender Nachwuchswissenschaftlerinnen legt. Im Jahr 2017 hat das DIW *Graduate Center* acht Doktorandinnen und sieben Doktoranden aufgenommen.

Positiv zu bewerten ist auch die gute Förderung der Postdocs durch das über sieben Berliner Universitäten und Forschungseinrichtungen vernetzte Postdoc-Programm *Berlin Economics Research Associates* (BERA), welches unter anderem ein gemeinsames Mentoring-Programm, Skills-Programme und gemeinsame Workshops umfasst und vom DIW Berlin koordiniert wird. Im Rahmen des BERA-Programms führen die beteiligten Partnerinstitutionen ein gemeinsames *Recruiting* durch. Es ist zu begrüßen, dass seit einigen Jahren über BERA international rekrutiert wird – wie auch an anderen Standorten üblich –, um den Anteil internationaler Postdocs zu erhöhen.

Das Postdoc-Konzept wird am Institut überwiegend gut umgesetzt. Dennoch finden sich mitunter Postdocs im Spannungsverhältnis von eigener Forschung und Politikberatung unklaren Anforderungen, beispielsweise hinsichtlich der Bedingungen für eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen, ausgesetzt. Hier ist – auch im Hinblick auf die geplante strategische Erweiterung – eine klare, transparente Kommunikation von Erwartungen und Zielvorgaben notwendig, um Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eine bessere Planung der eigenen Karriere zu ermöglichen und eine verlässliche Entwicklungsperspektive zu bieten.

Angesichts einer wachsenden Nachfrage nach Finanzthemen seitens der Doktorandinnen und Doktoranden sowie der Postdocs ist es zu begrüßen, wenn die Attraktivität des Promotions- und des Postdoc-Programms im Rahmen der Erweiterung durch die Aufnahme von Finanz- und Digitalisierungsthemen in das Kursprogramm des DIW *Graduate Center* oder eventuell sogar ein spezialisiertes *Finance*-Doktorandenprogramm sowie eine entsprechende Ausweitung der Angebote in BERA weiter gesteigert würden. Perspektivisch könnte die geplante Zusammenführung von DIW *Graduate Center*, BERA und dem *Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science* (BDPEMS) die positiven Effekte bündeln.

B.V ZU DEN KOOPERATIONEN

Das DIW Berlin ist sehr gut mit den benachbarten Hochschulen in Berlin und Brandenburg vernetzt. Diese Kooperationen werden sowohl in der Nachwuchsförderung als auch in der Forschung, beispielsweise im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus *Berlin Centre for Consumer Policies* (BCCP) oder des Sonderforschungsbereichs „Rationalität und Wettbewerb“, vorbildlich gelebt. Neben wichtigen Verbindungen zur Humboldt-Universität, der Freien Universität, der TU Berlin und der Universität Potsdam ist das DIW Berlin auch mit der *Hertie School of Governance* und mit der *European School of Management and Technology* (ESMT) über Lehre, zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen, Forschungsprojekte, Workshops und Seminarserien und – im Falle der ESMT – als wissenschaftliche Ko-Organisatoren der jährlichen *Financial Stability Conference* in Berlin besonders eng verbunden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs am DIW Berlin bieten sich durch die Kooperationen gute Möglichkeiten, in die akademische Lehre eingebunden zu werden.

In der Forschung zu Finanzthemen arbeitet das DIW Berlin bereits erfolgreich mit einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am IWH und am SAFE, der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank sowie an deutschen und auch internationalen Universitäten zusammen. Das DIW Berlin sollte gerade die Kooperationen mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen am Standort Berlin im Bereich von Finanzthemen weiter intensivieren. So soll-

te sich das Institut beispielsweise verstärkt auch mit den juristischen Fakultäten der Berliner Universitäten vernetzen, da eine gelingende, auf praktische Lösungsansätze ausgerichtete Politikberatung auf dem Sektor der Finanzmärkte in hohem Maße national und international geltendes Recht sowie die Verzahnung der Rechtsinstitutionen auf unterschiedlichen Regulierungsebenen reflektieren muss.

Schon jetzt zeichnet sich das DIW Berlin durch eine große Zahl gemeinsamer Berufungen mit verschiedenen Hochschulen aus, über die es einen engen Kontakt mit der universitären Forschung pflegt. Es ist positiv zu bewerten, dass das Institut – auch im Rahmen der beantragten strategischen Erweiterung – plant, die Zahl gemeinsamer Berufungen weiter zu erhöhen. Das Interesse an weiteren gemeinsamen Berufungen wird auch seitens der Partnerinstitutionen geteilt, beispielsweise seitens der *Hertie School of Governance* sowie – gerade im Rahmen des Erweiterungsvorhabens – der TU Berlin und der ESMT. Insbesondere die geeignete Berufung der Abteilungsleitung *Macro Finance* auf eine S-Professur wird als eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieses Elements der beantragten strategischen Erweiterung bewertet.

B.VI ZU SERVICE UND TRANSFER

Die Beratung von Politik und Öffentlichkeit spielt in der Arbeit des DIW Berlin eine große Rolle und wird als eine wichtige Aufgabe vom Institut sehr ernst genommen. Das DIW Berlin erfüllt diese Aufgabe zur großen Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer. Das Institut legt im Rahmen der Politikberatung großen Wert auf seine wissenschaftliche Unabhängigkeit und es gelingt ihm, aus Beratungsprojekten weitergehende und grundlegende Forschungsfragen zu generieren und zu bearbeiten. Von den sehr guten Verbindungen des DIW Berlin zu den politischen Akteuren profitieren auch seine universitären Kooperationspartner. Hierbei vermag das DIW Berlin wirtschaftspolitische Perspektiven und aktuelle Themen in Diskussionen, gemeinsame Forschungsprojekte und die Nachwuchsförderung einzubringen. Zudem könnten in Zukunft die Netzwerkpartner von der Erfahrung und der sehr guten Vernetzung des DIW am Politikstandort Berlin profitieren.

Im Bereich Forschungsinfrastruktur sind die bereits eingeleiteten Kooperationsbestrebungen mit den Forschungsinfrastrukturabteilungen bzw. Datenzentren der beiden Netzwerkpartner SAFE und IWH positiv hervorzuheben. Die Schwierigkeiten einer solchen Zusammenarbeit, beispielsweise im Hinblick auf Datenlizenzen, proprietäre Datensätze und den Umgang mit sensiblen Daten, sind von den Instituten erkannt worden; Lösungsansätze werden gemeinsam entwickelt. Es findet bereits jetzt ein regelmäßiger Austausch über Standards und potenzielle gemeinsame Projekte statt, etwa in Bezug auf die Retrodigitalisierung historischer Bestände. Der Aufbau einer vernetzten, arbeitsteiligen Inf-

rastruktur zwischen den drei antragstellenden Instituten ist uneingeschränkt sinnvoll.

Als eine herausragende Stärke und ein Alleinstellungsmerkmal des DIW Berlin ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) hervorzuheben. Die Zusammenarbeit mit dem SOEP ist gleichermaßen eng wie fruchtbar, insbesondere in der Abteilung Staat, und sie ist mithin für das Thema *Household Finance* von besonderer Relevanz. Darüber hinaus hat das DIW Berlin über einen Kooperationsvertrag mit dem SOEP die Möglichkeit zur Mitgestaltung des SOEP-Fragebogens. Auch wenn das SOEP als eigenständige und unabhängige Serviceeinrichtung seine Forschungsdaten selbstverständlich keineswegs nur dem DIW Berlin, sondern der gesamten wissenschaftlichen Gemeinschaft und der interessierten Fachöffentlichkeit zur Verfügung stellt, besitzt das DIW Berlin durch die räumliche Nähe zum SOEP einen signifikanten Standortvorteil. Dies betrifft nicht nur den unmittelbaren, interdisziplinären Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DIW Berlin und des SOEP. Die räumliche Nähe ist darüber hinaus umso wichtiger, wenn eine sichere Datennutzung gewährleistet werden muss oder wenn eine weitere Abstimmung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SOEP nötig ist, beispielsweise bei der Verknüpfung von SOEP-Datensätzen mit anderen, perspektivisch auch Datensätzen zu Finanzmärkten.

B.VII ZUR QUALITÄTSSICHERUNG

Der wissenschaftliche Beirat des DIW Berlin befürwortet die strategische Erweiterung. Über die verschiedenen Pläne zu einem Ausbau der Finanzforschung am DIW Berlin und zum Erweiterungsantrag ist der Beirat informiert und in die Überlegungen des Instituts eingebunden worden.

Da zum Zeitpunkt der nächsten institutionellen Gesamt-Evaluierung des DIW Berlin durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2019 eine mögliche strategische Erweiterung noch nicht umgesetzt wäre, sollte der wissenschaftliche Beirat im Falle einer Erweiterung das DIW Berlin bei der inhaltlichen Schärfung der geplanten Forschungsbereiche und Themenschwerpunkte begleiten und im Rahmen seiner Audits den Fortschritt der Umsetzung evaluieren. Besonderes Augenmerk sollte der Beirat auch der Weiterbehandlung der hier für eine strategische Erweiterung noch nicht ausreichend entwickelten Themengebiete *Green Finance* und Digitalisierung am DIW Berlin widmen. Gerade bei der Beratung zu vielversprechenden Kooperationen auf diesen Feldern könnte der Beirat eine wichtige Rolle einnehmen.

VIII.1 Zur Struktur und Organisation

Die *Governance* und die organisatorische Struktur des DIW Berlin würden sich durch die Einrichtung einer neuen Abteilung *Macro Finance* im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ sowie den Aufbau der organisatorisch und personell in den bestehenden Abteilungen verorteten Themenschwerpunkte *Household Finance*, Digitalisierung und *Green Finance* nicht entscheidend verändern; sie sind hinsichtlich der geplanten strategischen Erweiterung als adäquat anzusehen.

VIII.2 Zur Ausstattung

Die vom DIW Berlin geplante personelle Ausstattung für die neue Abteilung *Macro Finance* mit einer Abteilungsleitung und acht wissenschaftlichen Stellen ist ausreichend, um das Thema *Macroeconomics* am DIW Berlin zu etablieren, wenn zugleich eine enge Einbindung der Abteilung in das geplante Netzwerk und der wissenschaftliche Austausch mit den Netzwerkpartnern sichergestellt werden. Für die drei Themenschwerpunkte *Household Finance*, *Green Finance* und Digitalisierung bestehen Zweifel, ob die personelle Planung mit je einer S-Professur und insgesamt drei wissenschaftlichen Stellen – ungeachtet der qualitativen Vorbehalte gegenüber zwei der drei geplanten Themenschwerpunkte – ausreichen könnte, um diese Themen konsequent und auf hohem wissenschaftlichem Niveau zu verfolgen.

Die vom DIW Berlin vorgesehene sachliche und räumliche Ausstattung für die strategische Erweiterung wird als angemessen bewertet.

B.IX ZUM NETZWERK „HERAUSFORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN GELD- UND FINANZORDNUNG“ | ¹⁴

IX.1 Zum Netzwerk

Das von den drei Antragstellern SAFE, IWH und DIW Berlin geplante Netzwerk „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ sollte mittelfristig verbindliche Strukturen schaffen, in denen die Gründungsinstitute und weitere Partner Schnittstellen ihrer Forschung zu Finanzthemen identifizieren

¹⁴ Eine gleichlautende Bewertung des avisierten Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ findet sich auch in den Bewertungsberichten zu den parallelen Anträgen auf Aufnahme des *LOEWE Center Sustainable Architecture for Finance in Europe* (SAFE), Frankfurt/M., in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder und auf strategische Erweiterung des IWH, Halle/S. Jeweils abweichende Bewertungen finden sich lediglich in dem Abschnitt, der die Rolle der einzelnen Einrichtung im Netzwerk behandelt (hier: B.IX.3, S. 65).

und hieraus Handlungsstrategien für ein gemeinsames Vorgehen in den Bereichen des Ausbaus und der Harmonisierung von Forschungsinfrastrukturen, den Möglichkeiten der Forschungs Kooperation, der Nachwuchsausbildung sowie der Beratung und Öffentlichkeitsarbeit entwickeln. Mit dieser Ausrichtung würde das Netzwerk einen deutlichen Mehrwert für den Aufbau einer intra- und interdisziplinären Finanzforschung in Deutschland besitzen und könnte mittelfristig – unter Berücksichtigung der weiter unten ausgeführten Empfehlungen und einem hohen Grad an Selbstverpflichtung der beteiligten Partner – dazu beitragen, die bislang oftmals voneinander isolierten Aktivitäten einzelner Forschungsinstitute und Hochschulen im Themenfeld Finanzforschung zu bündeln und nach innen und außen sichtbarer zu machen. Eine Bündelung der Anstrengungen in Forschung, Forschungsinfrastruktur und Nachwuchsausbildung ist dringend erforderlich, um in der Finanzforschung in Deutschland eine kritische Masse zu bilden, die in der Lage ist, zu den führenden Universitätsbereichen und Forschungsclustern in den USA und Europa aufzuschließen. Mittelfristig sollte das Netzwerk auch europäische Partner einbinden und – seine bisherige Konzeption überschreitend – auch eine eigenständige Sichtbarkeit im Sinne eines identifizierbaren Markenkerns entwickeln. Dies kann es deutlich erleichtern, zukünftig im Verbund *Agendasetting* für die Finanzforschung in europäischen und internationalen Förderkontexten zu betreiben und erfolgreich internationale Verbundprojekte einzuwerben. Der Zugang zu dem Netzwerk sollte prinzipiell offen gestaltet werden, da der Anschluss an die Forschung, Forschungsdateninfrastrukturen und Betreuungsnetzwerke der außeruniversitären Wirtschafts- und Finanzforschungsinstitute gerade für kleinere künftige Netzwerkmitglieder sehr wichtig ist. Der Aufbau und Unterhalt des geplanten Netzwerks sollte kostenneutral – d. h. ohne zusätzliche finanzielle Zuwendungen durch Bund und Länder – erfolgen, wie im Konzept und im Entwurf des Kooperationsvertrages zum Netzwerk bereits von den Gründungsmitgliedern vorgesehen.

IX.2 Zum Netzwerkkonzept im Einzelnen

Insbesondere die Bemühungen, die Forschungsdateninfrastrukturen der einzelnen Einrichtungen miteinander zu vernetzen und mittelfristig auf eine gemeinsame Benutzeroberfläche für den Zugang zu Datenbanken für empirische Finanzdaten hinzuarbeiten, werden uneingeschränkt begrüßt. Die hier bereits eingeleiteten Verständigungsprozesse sollten fortgeführt und Fragen der Kompatibilität von Datenstrukturen sowie Rechtsfragen mit Blick auf den Zugang zu personen- und firmenbezogenen Daten für Netzwerkmitglieder ebenso wie für Externe geklärt werden.

Die Vernetzung der Nachwuchsausbildung und die Absicht, gemeinsame Formate wie z. B. eine *Summer School* einzurichten, werden begrüßt. Die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler des SAFE, IWH und DIW suchen bereits heute engere Kooperationen untereinander. Eine auch formal

stärkere Vernetzung der Institute in diesem Bereich würde diese Prozesse beschleunigen und vertiefen helfen. Allerdings sollte hierbei darauf geachtet werden, a) nicht in eine unproduktive Konkurrenz mit bereits etablierten europäischen und internationalen Angeboten zu treten und b) die Vernetzung so zu gestalten, dass keine Überforderung mit Kursangeboten und überregionalen Teilnahmeverpflichtungen für die Doktorandinnen und Doktoranden an den lokalen Einrichtungen entsteht, die in der Regel bereits in sehr gut bis exzellent funktionierende Betreuungsstrukturen eingebunden sind. Auch hier sollten zügig belastbare Konzepte zwischen den Netzwerkpartnern entwickelt werden. Etwaigen Verschulungstendenzen sollte in diesem Zusammenhang durch ein fakultatives, unmittelbar an den Herausforderungen der internationalen Finanzforschung orientiertes Curriculum der beteiligten Einrichtungen begegnet werden.

Aktivitäten im Bereich von umfassenderen Forschungsvorhaben – insbesondere deren Abstimmung –, des Transfers und der *Policy Communication* sollten – unter Einbezug der künftigen Netzwerkpartner – gemeinsam entwickelt und sinnvoll miteinander verknüpft werden, ohne dass hierbei Redundanzen entstehen. Diesbezügliche Schritte sollten baldmöglichst nachgewiesen werden. Grundsätzlich ist es auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs karrierefördernd, Transferaktivitäten am Finanzstandort Frankfurt/M. mit solchen am Standort der Bundesregierung in Berlin und den Standorten der europäischen Finanzinstitutionen und Regulierungsbehörden (z. B. in Brüssel) zu verzahnen.

Die geplanten methodischen Arbeitsgruppen werden ebenfalls begrüßt. Hier sollte darauf geachtet werden, dass – gerade im Bereich *Behavioral Finance* – in hinreichender Weise Expertise von netzwerkexternen Forscherinnen und Forschern einbezogen wird.

Bei den inhaltlichen Arbeitsgruppen (Geldpolitik, Kapitalmarktunion und Bankenunion) ist noch nicht hinreichend deutlich, warum gerade sie den primären Fokus der inhaltlichen Arbeit des Netzwerks bilden sollen bzw. auf welche Weise jede der drei Gründungseinrichtungen hier ihre spezielle Expertise einbringen will. Hier sollten ebenfalls zügig entsprechende Klärungen – auch über Themenprioritäten – durch die Netzwerkpartner herbeigeführt werden.

Die Förderung der Interdisziplinarität in der Finanzforschung ist ein Desiderat im Konzept des Netzwerks. Hier sollten die initiierenden Institute unter Einbeziehung der künftigen Netzwerkpartner nachsteuern und aufzeigen, wie beispielsweise für die Erforschung der Wechselwirkungen von Finanzmärkten, Gesellschaften und Individuen relevante Disziplinen wie z. B. die Psychologie, die Politikwissenschaft oder die Soziologie stärker einbezogen werden könnten. Dies gilt in noch größerem Maße für die Einbeziehung der Rechtswissenschaften, die insbesondere am SAFE eine prominente Rolle spielen und auch am IWH explizit gestärkt werden sollen. Damit die dort künftig forschenden Juristinnen und Juristen keine Einzelkämpfer bleiben, sollte das Netzwerk eine

Plattform für an Finanzthemen interessierte Juristinnen und Juristen vorsehen und sukzessive ausbauen. Ein idealer Ausgangspunkt für den Auf- und Ausbau einer solchen international erweiterungsfähigen Plattform sollte die DFG-Kollegforschergruppe *Foundations of Law and Finance* am SAFE sein.

Die Absicht der Initiatoren und der künftigen Netzwerkpartner, das Netzwerk nach Ablauf von drei Jahren durch den für das Netzwerk einzusetzenden wissenschaftlichen Beirat evaluieren zu lassen, wird ausdrücklich begrüßt. Hierbei sollte auch geprüft werden, ob die o. a. Empfehlungen umgesetzt wurden. Im Anschluss – bei einem positiven Ergebnis – sollte der Beirat das Netzwerk hinsichtlich sowohl einer Europäisierung als auch der Herausbildung einer eigenen Verbundidentität begleiten. In dem einzurichtenden wissenschaftlichen Beirat sollte auch die dringend notwendige rechtswissenschaftliche Perspektive abgebildet werden. Mittelfristig sollte der Beirat nach Möglichkeit auch um international reputierte Forscherinnen und Forscher erweitert werden, die eine verhaltens- und sozialwissenschaftliche Sichtweise auf Finanzforschung sowie auf die gesellschaftlichen Implikationen von Finanzmarktstrukturen und -ereignissen einbringen können.

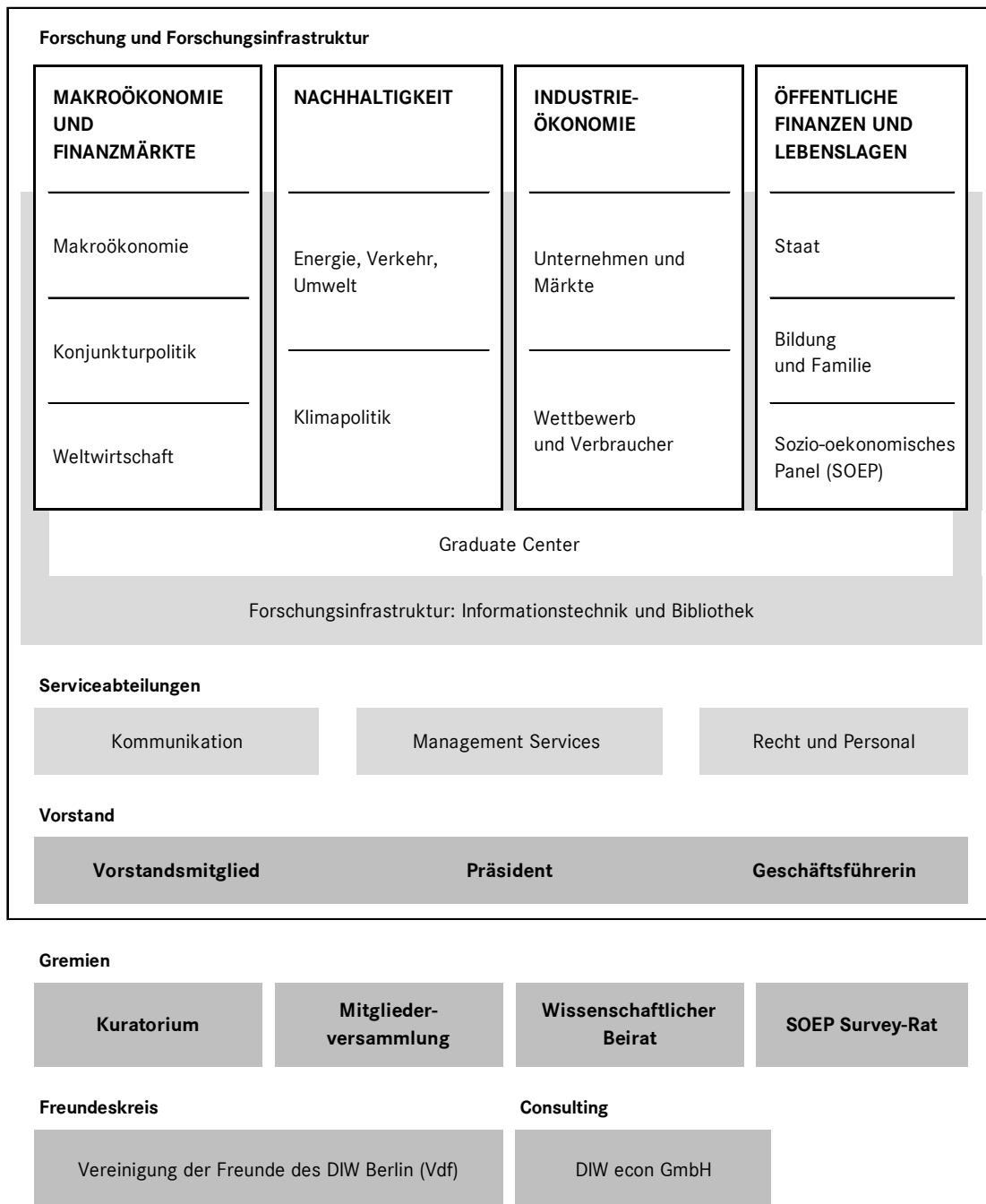
IX.3 Zur Rolle des DIW Berlin im geplanten Netzwerk

Das DIW Berlin hat trotz erkennbarer Schwächen im Antrag des Erweiterungsvorhabens grundsätzlich das Potenzial, sowohl in inhaltlicher wie in struktureller Hinsicht durch die strategische Erweiterung einen wichtigen komplementären Beitrag zum geplanten Netzwerk zu leisten. Gerade die geplante Abteilung *Macro Finance* und das Thema *Household Finance* verfügen über Anknüpfungspunkte zu thematischen Schwerpunkten des SAFE und des IWH sowie den geplanten Arbeitsgruppen des Netzwerks.

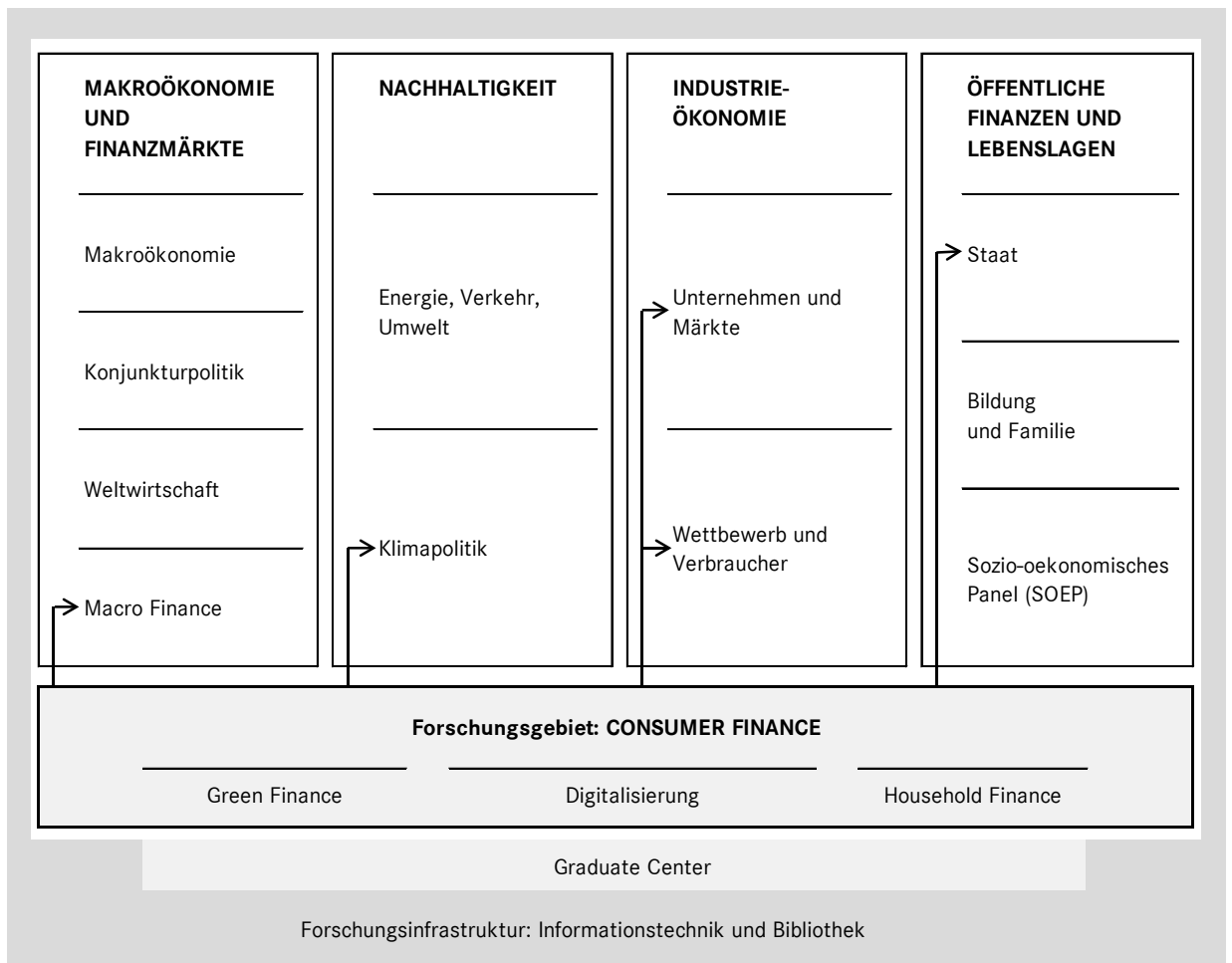
Unter strukturellen Gesichtspunkten kann und sollte das Netzwerk von der engen Verknüpfung des DIW Berlin mit dem SOEP und der interdisziplinären Arbeitsweise des Instituts profitieren. Außerdem vermag das DIW Berlin im Rahmen der Nachwuchsförderung die Erfahrungen aus den in enger Kooperation mit anderen Partnern durchgeführten Promotions- und Postdoc-Programme einzubringen, wie das Institut ohnehin als wichtiger Verbindungspunkt zur dynamischen und bereits gut vernetzten Berliner Wissenschaftslandschaft fungieren kann und sollte. Da das DIW Berlin sehr gute Kontakte zur Politik besitzt und eine breite Öffentlichkeit erreicht, kann das Institut maßgeblich an der Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Strategie für den Transfer der Netzwerkergebnisse in die Politik, die Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit beteiligt sein.

Anhang

Anhang 1.1: Organigramm des DIW Berlin (Stand März 2018)



Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin



Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

Stand: 31.12.2017

	Wertigkeit (Besoldungs- / Entgeltgruppe)	Aus Grundmitteln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse (Ist)	
		in VZÄ	in Personen
Wissenschaftliches Personal*	B2	1,0	1
	W3	6,9	7
	W1	1,0	1
	15	7,7	8
	14	14,8	20
	13	9,2	19
Zwischensumme		40,5	56
Nichtwissenschaftliches Personal	B3	1,0	1
	15	3,1	4
	14	4,0	4
	13	10,7	12
	12	2,0	2
	11	1,5	2
	10	7,1	8
	9b	13,3	15
	9a	6,4	8
	8	7,0	9
	7	5,0	7
	6	2,2	3
	4	1,0	1
3	1,0	1	
Zwischensumme		65,3	77
I n s g e s a m t		105,9	133

| 1 Unter „wissenschaftlichem Personal“ oder „Wissenschaftler/-innen“ werden alle Mitarbeiter/-innen der Einrichtung (einschließlich der Leitung) verstanden, die im höheren Dienst oder einer analogen Entgeltgruppe für Angestellte beschäftigt und ganz oder überwiegend wissenschaftlich tätig sind.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

		Plan 2021 in VZÄ	
		Finanzierung aus zusätzlichen Mitteln	Finanzierung aus Eigenmitteln durch Umstrukturierung
<i>Macro Finance</i>	Abteilungsleitung	1,0	
	Wissenschaftliches Personal	6,0	2,0
<i>Consumer Finance</i>	S-Professuren	3,0	
	Wissenschaftliches Personal	1,0	2,0
Wissensmanagement	Projektkoordination		0,5
	Teamassistenz		0,5
Summe		11,0	5,0

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

Stand: 31.12.2017

Arbeitsbereiche	Aus Grundmittel in finanziert				Drittmittele finanziert			
	insgesamt		darunter befristet besetzt		insgesamt		darunter befristet besetzt	
	VZÄ	Personen	VZÄ	Personen	VZÄ	Personen	VZÄ	Personen
Vorstand	4,2	5	2,4	3	0,0	0	0,0	0
Makroökonomie	5,8	6	3,0	3	0,5	1	0,5	1
Weltwirtschaft	2,9	6	1,9	5	1,9	4	1,9	4
Staat	4,2	5	2,2	3	6,9	11	5,9	10
Wettbewerb und Verbraucher	3,5	5	1,5	3	1,8	3	1,8	3
Unternehmen und Märkte	5,6	9	3,6	7	2,9	3	1,0	1
Energie, Verkehr, Umwelt	2,8	4	0,5	1	7,0	10	4,4	7
Konjunkturpolitik	4,3	6	3,3	5	1,0	1	0,0	0
Klimapolitik	0,0	0	0,0	0	7,5	11	7,5	11
Bildung und Familie	2,9	4	2,0	3	3,5	6	3,5	6
Graduate Center	2,0	3	2,0	3	0,0	0	0,0	0
Programmgebundene Mittel	2,5	3	0,5	1	0,3	1	0,3	1
Insgesamt	40,5	56	22,8	37	33,1	51	26,7	44

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

Anhang 4: Dauer der Zugehörigkeit, Altersstruktur, Geschlecht und Fachrichtung des grundfinanzierten wissenschaftlichen Personals im DIW Berlin (ohne SOEP)

Stand: 31.12.2017

Zugehörigkeit	Personen		insg.
	männlich	weiblich	
20 Jahre und mehr	5	4	9
15 bis unter 20 Jahre	1	2	3
10 bis unter 15 Jahre	2	1	3
5 bis unter 10 Jahre	7	6	13
unter 5 Jahre	20	8	28

Alter	Personen		insg.
	männlich	weiblich	
60 Jahre und älter	3	3	6
50 bis unter 60 Jahre	6	4	10
40 bis unter 50 Jahre	9	3	12
30 bis unter 40 Jahre	14	9	23
unter 30 Jahre	3	2	5

Geschlecht	Personen	
männlich	35	63 %
weiblich	21	38 %
I n s g e s a m t		

Fachrichtung des Hochschulabschlusses (absteigend nach Häufigkeit sortiert)	Personen		insg.
	männlich	weiblich	
Volkswirtschaftslehre	(wird nicht erfasst)		
Soziologie			
vereinzelt: Psychologie, Wirtschaftsingenieurwesen, Physik, Politikwissenschaften			

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

Veröffentlichungsform	Makroökonomik			Konjunkturpolitik			Weltwirtschaft			Entwicklung und Sicherheit ¹			Energie, Verkehr, Umwelt		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Aufsätze	12	12	15	3	3	7	4	2	5	8	1	0	16	18
in referierten Zeitschriften															
in nicht referierten Zeitschriften	4	5	4	3	2	1	1	0	1	0	1	0	4	1	2
Monographien (inkl. externe Arbeitspapiere)	6	3	0	1	4	2	1	1	0	1	0	0	6	10	3
Herausgeberschaften von Sammelwerken	0	1	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0
Eigenständige referiert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Internet-Internetpublikationen	18	17	15	7	1	5	2	6	6	8	0	0	32	14	14
Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag)	2	1	0	4	0	0	0	1	0	1	0	0	4	1	1
Beiträge zu Publikationen (im Eigenverlag)	15	14	16	30	38	20	2	4	5	7	0	0	25	12	16
Zwischensumme Wissenschaftliche Publikationen	57	53	52	48	48	35	10	14	17	26	2	0	87	58	50
Vorträge	47	49	72	26	29	24	16	19	32	43	10	0	100	60	55
darunter referierte Konferenzbeiträge	21	23	28	2	9	9	12	14	17	20	4	0	37	20	18
Insgesamt	104	102	124	74	77	59	26	33	49	69	12	0	187	118	105

¹ seit 2017 überführt in Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

² ab 2017 inkl. Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

³ 2018 bereits 6SI-referierte Aufsätze

Veröffentlichungsform	Klimapolitik			Unternehmen und Märkte ¹³			Wettbewerb und Verbraucher			Bildung und Familie			Staat			
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	
	Aufsätze	3	5	11	13	12	4	1	4	7	4	8	8	4	11	11
in referierten Zeitschriften	0	0	0	0	3	2	1	1	0	0	3	1	0	1	1	3
in nicht referierten Zeitschriften	3	1	1	5	7	3	1	0	2	0	1	1	0	0	6	2
Monographien (inkl. externe Arbeitspapiere)	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Herausgeberschaften von Sammelwerken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigenständige referiert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Internet- publikationen	5	11	7	17	7	12	3	3	6	11	10	9	11	21	19	11
nicht referiert	0	0	0	1	1	2	0	0	1	0	3	2	0	2	2	0
Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag)	10	6	6	9	22	11	3	5	2	10	14	17	18	15	14	
Beiträge zu Publikationen (im Eigenverlag)	21	23	25	46	52	34	9	15	18	25	39	38	53	54	37	
Zwischensumme Wissenschaftliche Publikationen	15	34	22	57	45	47	29	27	28	54	82	67	56	55	58	
Vorträge	9	13	14	13	13	17	16	12	5	18	44	23	31	26	19	
darunter referierte Konferenzbeiträge	36	57	47	103	97	81	38	42	46	79	121	105	109	109	95	
I n s e s a m t																

¹¹ seit 2017 überführt in Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

¹² ab 2017 inkl. Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

¹³ 2018 bereits 6ISI-referierte Aufsätze

Stand: 31.12.2017

Veröffentlichungsform	Vorstandsbereich inkl. Forschungsgruppen I ²			Forschungsinfrastruktur			Abteilungsübergreifend			Summe pro Jahr			Gesamt
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	
	Aufsätze	7	8	9	2	2	4	7	7	1	91	93	
in referierten Zeitschriften	1	2	0	0	0	0	1	1	0	16	20	14	50
in nicht referierten Zeitschriften	0	2	0	0	0	0	3	4	0	27	39	14	80
Monographien (inkl. externe Arbeitspapiere)	0	0	0	0	0	0	2	0	0	4	5	2	11
Herausgeberschaften von Sammelwerken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigenständige referiert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Internetpublikationen	9	8	10	2	3	1	13	7	2	148	106	98	352
nicht referiert	4	2	0	0	1	0	1	1	0	19	13	6	38
Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag)	14	9	20	0	0	0	21	24	26	164	163	153	480
Beiträge zu Publikationen (im Eigenverlag)	35	31	39	4	6	5	48	44	29	469	439	379	1.287
Zwischensumme Wissenschaftliche Publikationen	52	46	39	3	0	5	26	26	27	524	482	476	1.482
Vorträge	20	17	13	3	0	2	16	18	17	218	213	182	613
darunter referierte Konferenzbeiträge	87	77	78	7	6	10	74	70	56	993	921	855	2.769
Insgesamt													

11. seit 2017 überführt in Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

12. ab 2017 inkl. Forschungsgruppe Nachhaltige Entwicklung

13. 2018 bereits 6ISI-referierte Aufsätze

Bedre-Defolie, Ö., M. Song und H. Ullrich, 2017, Assessing the Impact of Payment Card Fee Regulation, mimeo.

Bremus, F., C. Buch, K. Russ und M. Schnitzer, 2017, Big Banks and Macroeconomic Outcomes: Theory and Cross-Country Evidence of Granularity, aktualisierte Version des NBER Working Paper No. 19093, R&R: Journal of Money, Credit and Banking.

Haan, P. and V. Prowse, 2015, Optimal Social Assistance and Unemployment Insurance in a Life-cycle model of Family Labor Supply and Savings, DIW DP 1468, R&R Review of Economic Studies.

Hachula, M., M. Piffer, M. Rieth, 2016, Unconventional Monetary Policy, Fiscal Side Effects and Euro Area (Im)balances, DIW DP 1596, R&R Journal of the European Economic Association.

Nardotto, M., T. Valletti und F. Verboven, 2015, Unbundling the Incumbent: Evidence from UK Broadband, Journal of the European Economic Association 13, 2, 330-362.

Quelle: DIW Berlin

Anhang 7: Vom DIW Berlin in den letzten drei Jahren (2015 bis 2017)
vereinnahmte Drittmittel nach Drittmittelgebern (ohne SOEP)

Abteilung / Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in Tausend Euro (gerundet)			Summe
		2015	2016	2017	
Vorstandsbereich	DFG	0	14	0	14
	Bund	14	30	9	53
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	3	26	0	29
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	85	27	6	118
	Sonstige*	0	36	111	147
Summe		102	133	126	361
Makroökonomie	DFG	64	41	30	135
	Bund	6	10	0	16
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	9	10	11	30
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	10	0	0	10
	Stiftungen	0	26	0	26
	Sonstige*	0	11	47	58
Summe		89	98	88	275
Konjunkturpolitik	DFG	0	0	0	0
	Bund	279	285	268	832
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	3	26	49	78
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	0	76	0	76
	Sonstige*	0	0	0	0
Summe		282	387	317	986
Weltwirtschaft	DFG	41	48	187	276
	Bund	150	65	0	215
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	0	0	0	0
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	133	211	0	344
	Sonstige*	0	1	12	13
Summe		324	325	199	848
Energie, Verkehr, Umwelt	DFG	0	0	0	0
	Bund	747	667	909	2.323
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	30	146	123	299
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	201	89	8	298
	Sonstige*	79	81	40	200
Summe		1.057	983	1.080	3.120

Abteilung / Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in Tausend Euro (gerundet)			Summe
		2015	2016	2017	
Klimapolitik	DFG	0	0	0	0
	Bund	285	229	261	775
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	179	229	232	640
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	25	66	27	118
	Sonstige*	0	0	0	0
Summe		489	524	520	1.533
Unternehmen und Märkte	DFG	0	0	0	0
	Bund	279	323	371	973
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	144	148	0	292
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	28	20	52	100
	Sonstige*	307	457	179	943
Summe		758	948	602	2.308
Wettbewerb und Verbraucher	DFG	0	0	27	27
	Bund	0	0	1	1
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	134	2	0	136
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	6	12	0	18
	Stiftungen	0	14	14	28
	Sonstige*	64	152	176	392
Summe		204	180	218	602
Bildung und Familie	DFG	0	1	70	71
	Bund	78	97	171	346
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	0	49	65	114
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	391	225	49	665
	Sonstige*	0	0	13	13
Summe		469	372	368	1.209
Staat	DFG	202	265	81	548
	Bund	0	80	183	263
	Land/Länder	24	55	0	79
	EU	29	11	17	57
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	196	210	210	616
	Sonstige*	38	58	148	244
Summe		489	679	639	1.807

Abteilung / Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in Tausend Euro (gerundet)			Summe
		2015	2016	2017	
Forschungsinfrastruktur	DFG	0	1	0	1
	Bund	0	0	0	0
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	0	0	0	0
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	0	0	0	0
	Sonstige*	43	52	11	106
Summe		43	53	11	107
Projektgebundene Mittel	DFG	0	0	8	8
	Bund	0	0	0	0
	Land/Länder	0	0	0	0
	EU	0	0	0	0
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	0	0	0	0
	Stiftungen	0	0	129	129
	Sonstige*	0	0	0	0
Summe		0	0	137	137
Institut insgesamt	DFG	307	370	403	1.080
	Bund	1.838	1.786	2.173	5.797
	Land/Länder	24	55	0	79
	EU	531	647	497	1.675
	ERC	0	0	0	0
	Wirtschaft	16	12	0	28
	Stiftungen	1.059	964	495	2.518
	Sonstige*	531	848	737	2.116
Insgesamt		4.306	4.682	4.305	13.293

* Parteien, WGL, Industrie- und Handelskammer (IHK), Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Universitäten, Forschungsinstitute.

I1 Unter dem Begriff „Drittmittel“ werden Mittel verstanden, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundausrüstung) von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden (vgl. Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 4.5: Bildung und Kultur, Anhang 3). Zu den Drittmitteln zählen vor allem Projektmittel der Forschungsförderung des Bundes, der Länder, der EU und anderer öffentlicher Stellen, Mittel der Wirtschaft, die für die Durchführung von Forschungsaufträgen gezahlt werden, sowie Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Nicht als Drittmittel anzusehen sind Mittel der Grundausrüstung, verwaltete Fördermittel, Mittel der Strukturförderung, Wissenschaftspreise, Mittel aus Vorhaben, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Nebentätigkeit verwendet werden, finanzielle Spenden, Sachspenden oder Leihgaben, die der Einrichtung nur für begrenzte Dauer zur Verfügung gestellt werden, Mittel der personenbezogenen Förderung (z. B. Doktoranden-, Postdoktoranden- oder Habilitationsstipendien) sowie Gebühren und Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen und aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

Anhang 8: Liste der Forschungsinfrastrukturen (FIS) ¹, die das DIW Berlin selbst betreibt oder an deren Betrieb es beteiligt ist

Forschungsdatenzentrum SOEP	
Typus	Informations- und Kommunikationsinfrastruktur: Vom Rat für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften akkreditiertes Forschungsdatenzentrum
Struktur	lokal
Zugang	Zugänglich für wissenschaftliche Forschung nach Vertragslegung
Personal	9,5 VZÄ
Nutzung	886 neue Datennutzer-/innen im Jahr 2017
	100 % externe Nutzer-/innen (Zahl der Datennutzer-/innen umfasst nur externe Nutzer-/innen - interne Nutzer-/innen werden in der Statistik nicht gezählt)

¹ Forschungsinfrastrukturen sind umfangreiche/aufwendige Instrumente, Ressourcen oder Serviceeinrichtungen für die Forschung in allen Wissenschaftsgebieten, die sich durch eine mindestens überregionale Bedeutung für das jeweilige Wissenschaftsgebiet sowie durch eine mittel- bis langfristige Lebensdauer (mehr als fünf Jahre) auszeichnen und für eine externe Nutzung zur Verfügung stehen für die Zugangs- bzw. Nutzungsregelungen etabliert sind.

Quelle: Wissenschaftsrat nach Angaben des DIW Berlin

- _ Antworten auf den Fragebogen des Wissenschaftsrates
- _ Organigramm (März 2018)
- _ Satzung
- _ Strategie DIW_Berlin:2020
- _ Jahresbericht 2016
- _ Konzept Strategische Erweiterung des DIW Berlin
- _ Programmbudget 2018
- _ Übersicht über die Beschäftigungsverhältnisse sowie deren Verteilung auf die Arbeitsbereiche und Kennzahlen zum wissenschaftlichen Personal, Stichtag 31.12.2017
- _ Übersicht über die Veröffentlichungen der Beschäftigten des DIW Berlin im Zeitraum 2015 bis 2017 nach Abteilungen
- _ Liste der für die strategische Erweiterung relevanten Publikationen und Vorträge im Zeitraum 2015 bis 2017 nach Abteilungen
- _ Übersicht der vereinnahmten Drittmittel des DIW Berlin im Zeitraum 2015 bis 2017 nach Drittmittelgebern
- _ Liste der gemeinsamen Berufungen von leitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DIW Berlin mit einer Hochschule
- _ Liste der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats sowie Protokolle der letzten Sitzungen des wissenschaftlichen Beirats
- _ Bewertungsberichte der letzten fünf Jahre
- _ Übersicht über aktuelle (institutionelle und personengebundene) Kooperationen des DIW Berlin
- _ Übersicht der Forschungsinfrastrukturen (FIS), die das DIW Berlin selbst betreibt oder an deren Betrieb es beteiligt ist
- _ Wissenschaftliche Publikationen des DIW Berlin
- _ Entwurf des Kooperationsvertrags des Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ zwischen DIW Berlin, IWH und SAFE (Stand 13. März 2018)
- _ Netzwerkkonzept „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ von DIW Berlin, IWH und SAFE (Stand Juli 2017)

AV-WGL	Ausführungsvereinbarung WGL
AGEB	Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen
BCCP	Leibniz-WissenschaftsCampus <i>Berlin Centre for Consumer Policies</i>
BDPEMS	<i>Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science</i>
BERA	<i>Berlin Economics Research Associates</i>
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsverkehr, Basel (Schweiz)
BMUB	Bundesministerium für Umwelt und Bau
CESifo	<i>Center for Economic Studies - ifo Institute</i>
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CompNet	<i>Competiveness Research Network</i>
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bonn
DIW Berlin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
ESMT	<i>European School of Management and Technology, Berlin</i>
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FAIR	<i>Findable, Accessible, Interoperable, Reusable</i>
FinTechs	<i>financial technology</i>
FIS	Forschungsinfrastruktur
FU Berlin	Freie Universität Berlin
GC	<i>Graduate Center</i>
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Bonn
HIIG	Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin
IASS	<i>Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam</i>
IfK	Institut für Konjunkturforschung
IFS	<i>Institute for Fiscal Studies, London</i>
IHK	Industrie- und Handelskammer

IWH	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle/Saale
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
LOEWE	LandesOffensive zur Entwicklung Wissenschaftlich- ökonomischer Exzellenz
LSE	<i>London School of Economics</i>
MCIR	<i>Munich Center for Internet Research, München</i>
Mio.	Millionen
NBER	<i>National Bureau of Economic Research, Cambridge, Massachusetts (USA)</i>
PIK	Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam
PRIE	<i>Productivity, Innovation, and Entrepreneurship</i>
SAFE	<i>Sustainable Architecture for Finance in Europe, Frankfurt/M.</i>
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
TNIT	<i>Toulouse Network for Information Technology</i>
Tsd.	Tausend
TU	Technische Universität
USA	<i>United States of America</i>
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WGL	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V.
WR	Wissenschaftsrat
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung